

# Das Migrationschaos in Deutschland

## Wie aus Unfähigkeit politisches Kapital wurde (Teil 1)

Jochen Mitschka am 27.7.2019 auf RT - <https://deutsch.rt.com>



Während sich in der Bevölkerung langsam ein Umdenken einstellt und erkannt wird, dass Wirtschaftsmigranten und Flüchtlinge nicht synonym sind, befinden sich die "staatstragenden" Parteien in einer selbst erzeugten Falle. Doch wer sind die Nutznießer dieses politischen Versagens?

*Die Abstimmung zwischen Schlepperorganisationen und sogenannten "humanitären Nichtregierungsorganisationen (NGO)"<sup>1</sup> wurde weitgehend in deutschen Medien ignoriert oder geleugnet.<sup>2</sup> Stattdessen soll die Politik weitergeführt werden, welche Deutschland durch vollkommene Unfähigkeit und politische Kurzsichtigkeit begann, dann aber nutzte, um aus einem Versagen eine verfehlte und scheinheilige Migrationspolitik zu betreiben, welche nicht humanitären Zielen, sondern letztlich der Ausbeutung der Herkunftsländer dient. Die dreiteilige Artikelserie soll einen Einblick in die Problematik und Hintergründe des Verhaltens der deutschen Politiker geben. Im ersten Teil behandle ich das Migrationschaos in Deutschland allgemein und berichte über das "Schlachtfeld Afrika".*

Durch das Gleichstellen von Migranten und Flüchtlingen im deutschen politischen Diskurs wird die angebliche Unmenschlichkeit von Migrationsgegnern als Totschlagargument verwendet. Lange Zeit konnte sich diese Übung, jede Kritik an unkontrollierter Zuwanderung als "unmenschlich" zu diskreditieren, in der Gesellschaft durchsetzen und die Unfähigkeit der Regierung überdecken, eine kontrollierte Migration einerseits und praktikable und sinnvolle Flüchtlingshilfe andererseits zu realisieren.

Während sich aber in der Bevölkerung langsam ein Umdenken einstellte und erkannt wurde, dass Wirtschaftsmigranten und Flüchtlinge nicht synonym zu benennen sind, befinden sich die "staatstragenden" Parteien in einer selbst erzeugten Falle der "Menschlichkeitsbehauptung". Was es ihnen unmöglich macht, schnell genug die Unterschiede und eine entsprechende Politik dazu zu entwickeln. Hauptnutznießer dieser Unfähigkeit ist die Alternative für Deutschland (AfD), welche die Gefühle der Menschen nutzt, um ihre politische Agenda zu verfolgen.

Derzeit wird viel über den Migrationspakt und nun auch über den anscheinend neuen Flüchtlingspakt diskutiert. Aber statt die Begriffe Flüchtling und Migrant zu schärfen, vollbringen diese "Pakte" einiges, um die Grenzen zu verwischen. Und so ist es ganz offensichtlich notwendig, die Unterschiede, Ursachen und Rezepte zur Behandlung einmal gründlicher zu untersuchen, mit für viele vermutlich überraschenden Erkenntnissen.

Migrationspakt, Flüchtlingspakt: Viel wurde bereits darüber berichtet, Analysen veröffentlicht, die aufzeigen, was sich dahinter versteckt: elitäre Projekte, die mehr Aktionismus sind, als dass sie die Wurzeln von Problemen angreifen, und die dabei eher die Interessen "der Märkte" als die der Menschen im Auge haben, deren Leben durch die neue "Globalisierung der Menschen" zerstört oder zumindest gravierend verändert wird. Ohne jene Menschen in die Ideen einzubinden, die aus ihrem Umfeld, ihrer sozialen und kulturellen Heimat gerissen werden sollen. Und ohne mit den Menschen zu sprechen, die mit vollkommen neuen Kulturen, deren Werte unter Umständen

<sup>1</sup> <https://www.tagessstimme.com/2019/07/17/mutmasslicher-schlepper-bestaetigt-angebliche-kontakte-zu-sea-watch/>

<sup>2</sup> <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/hintergrund/ngo-fluechtlinge-mittelmeer-109.html>

konträr zu den eigenen stehen, konfrontiert werden, deren soziale Netze zusätzlich belastet werden, die Angst um Lohnniveau und Altersversorgung haben.

Ich selbst bin seit 16 Jahren mit einer Migrantin verheiratet. Wir hatten ungefähr zehn Jahre lang unseren Lebensmittelpunkt in Asien, danach in Deutschland. Sie erlernte die deutsche Sprache und schloss eine zweite Ausbildung erfolgreich ab, da ihr ausländischer Universitätsabschluss nicht anerkannt wurde. Sie nahm die deutsche Staatsbürgerschaft an. Einmal innerhalb von zwei Jahren reist ihre Familie nach Deutschland, das darauffolgende Jahr fährt sie in ihre Heimat.

Ich denke, ich weiß, was Migration darstellt, welche Probleme mit ihr zusammenhängen, aber auch, welche großartigen Erkenntnisse man selbst daraus ziehen kann. Ich habe auch viele Flüchtlinge und deren Einzelschicksale kennengelernt - im Sudan, in Thailand, Iraner, Syrer sowie Palästinenser in Deutschland. Und die bedrückendste Erkenntnis daraus ist, dass jene, die unsere Hilfe am meisten benötigen würden, am wenigsten davon erhalten.

Und dann sind da die Profiteure der Migrations- und Flüchtlingskrise. Die Briefkastenfirmen in Luxemburg, die hier ein marodes Hotel, das leer steht, für einen lächerlichen Preis kaufen und es dank politischer Verbindungen zu horrenden Preisen für Monate an den Staat vermieten, infolgedessen grandiose Gewinne einstreichen und praktisch keine Steuern dafür zahlen (Allegorie). Während mein Freund Hossein die Mädchenschule im Iran aus seinem versteuerten Einkommen bezahlt, ebenso wie wir Studienkosten unserer Nichte oder Krankheitskosten von Familienmitgliedern im Ausland übernehmen und noch nachweisen mussten, dass das Geld tatsächlich aufgebraucht war, da man ja Zinsgewinne hätte verschleiern können.

### **Das Flüchtlingsnarrativ**

Es ärgert mich, wie bedeutungslos der Begriff "Flüchtling" geworden ist, wie beliebig er missbraucht wird, um bestimmte politische Ziele zu erreichen. Vergleichbar mit den Begriffen "Flugverbotszone", "Farbrevolution", "R2P" (Schutzverantwortung), "Demokratie", "Freiheit", "Freiheitskämpfer" und vielen anderen. Hinter all diesen Begriffen verbergen sich inzwischen komplett andere Absichten, als ihnen ursprünglich zugewiesen wurde. Was aber leider für die Flüchtlinge, für die dieser Begriff einmal erschaffen wurde, höchst problematisch ist. Denn wenn die Menschen begreifen, dass sich der Begriff zu einem politischen Kampfbegriff entwickelt hat, leiden darunter all jene, die tatsächlich in Not sind und Schutz benötigen.

Wenn ein syrischer Geschäftsmann<sup>3</sup> mit vier Ehefrauen und 23 Kindern nach Deutschland einreist und er als Flüchtling bezeichnet wird, dann schadet das den Hunderttausenden, die unter schlimmsten Bedingungen in Lagern rund um Syrien ausharren und darauf hoffen, dass die vom Westen und mit ihnen verbündeten Golfdiktaturen finanzierten Terroristen endlich von der legitimen Regierung bezwungen werden.

Nach meiner Ansicht sind diejenigen Menschen, die 2.500 bis 8.000 Dollar für Schlepper aufbringen können, keine Flüchtlinge im Sinne der Menschenrechtskonvention. Das heißt nicht, dass man ihnen einen Anspruch auf menschliche Behandlung vorenthalten darf. Sondern das heißt, dass auch Flüchtlinge, die jene Summen nicht aufbringen können, ein Recht auf menschenwürdige Lebensbedingungen haben. Somit müssen Gleichstellung und Gleichbehandlung zwischen jenen, die das Geld aufbringen können, und jenen, denen es nicht möglich ist, gewährleistet sein.

Natürlich kann Deutschland nicht alle Flüchtlinge der Welt versorgen. Aber es ist äußerst unfair, gerade jenen einen Vorzug zu geben, die eigentlich zu den Privilegierten gehörten. Das ist nichts weniger als Sozialdarwinismus. Meiner Meinung nach müssten wir definieren, welchen Teil wir zur Linderung der Flüchtlingsproblematik beitragen wollen. Sagen wir 80 Milliarden oder 100 Milliarden Euro? Und dann gemeinsam mit der UNO darüber nachdenken, wo wir Flüchtlingslager mit diesem Geld so ausrüsten können, damit dort menschenwürdige Hilfe sowohl für die Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen, als auch diejenigen, die es nicht geschafft hatten, gewährleistet werden kann. Dies würde umgehend die Schlepper-Mafia und alle damit verbundenen Verbrechen beenden und gleichzeitig die sozialen Verwerfungen in Deutschland nicht noch stärker werden lassen.

### **Braindrain**

Allen Ernstes hatte ein Politiker behauptet, dass man anfangs damit gerechnet hätte, dass "die Ärzte" aus Syrien geflüchtet wären und man diese leicht integrieren und damit die notwendige medizinische Versorgung in Deutschland verbessern könnte. Dass dies nichts anderes als das Stehlen von Ressourcen der Herkunftsländer ist, so wie einst die Kolonisten Ressourcen, auch Sklaven, stahlen, nun also ausgebildete "Fachkräfte". Spezialisten, die auf Kosten des Herkunftsstaates aufgezogen und ausgebildet wurden und die dringend in den Herkunftsländern, über die wir Menschenrechtskriege brachten, benötigt werden, um beim Aufbau und der Entwicklung zu helfen.

Niemand erklärte, die Aufwände dieser ärmsten Länder für die Ausbildung kompensieren zu wollen. Und niemand erklärte, die Konkurrenz durch billigere Löhne in Deutschland verhindern zu wollen. Dabei sind beide Aspekte zwei Seiten der gleichen Medaille. Durch die Verpflichtung der Arbeitgeber, ausländischen Arbeitnehmern höhere Löhne zu zahlen, würde das Lohndumping gemildert und könnte gleichzeitig der Ursprung für Finanzen sein, die zurück in das Herkunftsland fließen. Aber haben Sie je von solchen oder ähnlichen Ideen gehört?

---

<sup>3</sup> <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/019/1901997.pdf>

Diese "Braindrain"-Politik, das Abwerben gerade der Menschen, die in aufstrebenden und Entwicklungsländern am meisten gebraucht werden, ist zynisch und knüpft an die Politik der verbrecherischen Kolonialausbeutung an.

## Die Kritik

Es dürfte nicht erstaunen, dass ausgerechnet Menschen mit Migrationshintergrund den sogenannten Flüchtlingen skeptisch gegenüberstehen, was gerade jenen großes Unrecht zufügt, die tatsächlich unter Aufgabe der gesamten Existenz vor Todesgefahr aus ihrem Land geflohen sind. Und dieser Ärger entsteht nicht, wie manche Linken behaupten, weil sie Angst vor der neuen Konkurrenz hätten, sondern weil sie die Behandlung als unfair empfinden, wenn sie an die eigenen Widrigkeiten denken, unter denen sie nach Deutschland kamen und bis sie bleiben durften.

Aber es sind nicht nur die ehemaligen Immigranten, sondern viele in dieser Gesellschaft, die zu kurz gekommen sind, ebenso wie jene, die Angst vor Veränderung und dem Fremden haben, die auf die Barrikaden steigen. In einem Land, in dem Wahlen mit dem Slogan "Kein Risiko eingehen" gewonnen werden, dürfte es nicht überraschen, dass eine Politik der offenen Grenzen, unter der leicht zu widerlegenden Behauptung, alle wären Flüchtlinge, zu gravierenden Konflikten in dieser Gesellschaft führen würde.

## Wurden bewusst Konflikte in der Gesellschaft erzeugt?

Die Bundeskanzlerin hatte selbst zugegeben, dass die sogenannte "Flüchtlingswelle" seit Jahren voraussehbar war. Genau genommen war schon seit dem Bericht des Club of Rome Anfang der 1970er Jahre abzusehen, dass es irgendwann zu einer Völkerwanderung in Richtung Norden kommen würde, wenn die Ungleichheit nicht bekämpft wird. Diese Völkerwanderung war verzögert worden, weil Gesellschaften, wie die eines Gaddafi in Libyen, mit kostenloser Krankenversorgung und Bildung, und die eines Assad, mit ebendieser, den Menschen eine Perspektive gaben. Gaddafi ging sicherlich brutal gegen seine politischen Feinde vor, wenn auch nicht bekannt ist, dass Kritiker mit einer Knochensäge zerstückelt und in Säure aufgelöst wurden, was von unseren bevorzugten Partnern im Nahen Osten, Saudi-Arabien, ja inzwischen bekannt ist.

Aber dadurch hielt er die Konflikte zwischen den Stämmen des Landes in Schach. Hafiz al-Assad, der Vater des jetzigen Präsidenten, hatte ein autoritäres Regime aufgebaut, das die vom Ausland unterstützten Aufständischen grausam bekämpfte, wenn auch die tatsächliche Geschichte der Niederschlagung des Terrorismus in den 1980er Jahren hinter den Grausamkeiten in dem von den USA geführten Krieg gegen Mossul und Rakka verblasst. Und die seinem Sohn Baschar nachgesagten Grausamkeiten werden in der Bevölkerung nur mit Lachen quittiert, wurde er doch "Mr. Weichherz" genannt, ob seiner vorsichtigen Vorgehensweise im Kampf gegen den Terrorismus.

Der Irak mag unter Saddam Hussein eine Diktatur gewesen sein, aber der ganz normale durchschnittliche Bürger fühlte sich sicher, bis auf die Zeit während des Krieges gegen den Iran, der wiederum maßgeblich von den USA angefeuert worden war. Afghanistan mag eine für westliches Verständnis grausame Theokratie gewesen sein. Steinigungen, Enthauptungen, Zerstörung von Tausende von Jahre alten Artefakten ... Dies verursachte auch bei mir Wut und Entrüstung, das Regime aber reduzierte den Opiumanbau fast auf null und gab den ganz normalen Menschen Sicherheit, zumindest im Rahmen des Stands ihrer kulturellen Entwicklung.

Mit den verbrecherischen Kriegen, wie dem gegen den Irak, der 1,45 Millionen Menschenleben<sup>4</sup> forderte, das Land ins Chaos stürzte und durch den die Menschen heute noch täglichen Attentaten ausgesetzt sind; mit dem Krieg gegen Afghanistan, das ein Land zerstörte und 17 Jahre politische Entwicklung verhinderte, Hunderttausenden das Leben kostete und die Menschen in Konflikte stürzte; mit der Zerbombung Libyens und der Zerstörung staatlicher Strukturen; mit dem Hetzen von Rebellen, besser Terroristen genannt, auf die einzige säkulare Regierung der Region, Syrien.

Ein Land, in dem alle Religionen ohne Konflikte sicher und in Frieden miteinander leben konnten, das Hunderttausenden Flüchtlingen aus Palästina und dem Irak Schutz gewährt hatte. Dies, und viele weitere Verbrechen des Westens, zerstörte Hoffnungen der Menschen und führte dazu, dass viele, die sich die Kosten für Schlepper leisten konnten, ihr Glück im Nordwesten suchten.

Die Frage, die sich stellt, ist einerseits, warum diese ganz klar vorhersehbare Situation offensichtlich bewusst erzeugt wurde und warum man andererseits die deutsche Gesellschaft nicht darauf vorbereitet hat, ja, im Gegenteil, teilgenommen hat an den Verbrechen<sup>5</sup> der westlichen Weltmächte und ihrer Verbündeten in der Region.

Und als die erwartete Welle eintraf, waren es nicht die Kriege und die Ungleichheit, die von unserer Regierung bekämpft wurden, sondern es wurden diejenigen bekämpft, die dieser "Invasion", wie sie es sehen, ungeschützt ausgesetzt waren. Was nun passiert, ist typisch für die Politik des globalen Establishments, früher so wie heute. Um von dem eigenen Versagen und der eigenen Schuld abzulenken, wurde mit der geschickten Politik des "Teile und Herrsche" Zwietracht in der Gesellschaft befördert. Nicht die Ursache der Einwanderungswelle wurde diskutiert, sondern die "Unmenschlichkeit" derjenigen, die sich dagegen versuchten zur Wehr zu setzen.

---

<sup>4</sup> [https://web.archive.org/web/20181214041743/http://www.justforeignpolicy.org/iraq/iraqdeaths\\_de.html](https://web.archive.org/web/20181214041743/http://www.justforeignpolicy.org/iraq/iraqdeaths_de.html)

<sup>5</sup> <https://www.kopp-verlag.de/Deutschlands-Angriffskriege.htm?websale8=kopp-verlag&pi=977000&ci=000475>

## Immigranten versus Flüchtlinge

Natürlich sind große Teile der pauschal als Flüchtlinge deklarierten Menschen in Wirklichkeit Immigranten. Indem die Regierung bewusst die Differenzierung vermeidet, schafft sie es, Linke gegen Rechte, Progressive gegen Konservative aufeinanderzuhetzen. Nachdem Zeitungen wie die *Bild* über Jahre die Islamisierung als Gefahr an die Wand gemalt hatten, wurden plötzlich ablehnende Haltungen gegenüber einer Masseneinwanderung als "Hasspredigt" und ihre Vertreter als Neonazis angeprangert, während am nächsten Tag Berichte über angebliche oder tatsächliche Übergriffe von "Flüchtlingen" gegen Frauen breit ausgemalt wurden.

Darunter litten in erster Linie die wirklichen Flüchtlinge, jene, die in den menschenunwürdigen Lagern im Libanon ausharren, aber auch jene, die aufgrund von Lebensgefahr geflohen waren, weil sie keine andere Möglichkeit sahen, aber deren Familien gerade noch das Geld für die Schlepper aufbringen konnten. Sie erhalten keine Chance, in westliche Länder zu kommen oder werden dort mit großen Vorbehalten empfangen. Die fehlende Unterscheidung zwischen Immigranten und echten Flüchtlingen wird von Kritikern dem Versuch zugerechnet, den Geburtendefizit in Deutschland durch Immigration auszugleichen. In der Hoffnung, möglichst bereits ausgebildete junge Männer und Frauen zu erhalten, die sich, ähnlich wie die erste Generation von türkischen, spanischen und italienischen Gastarbeitern, als preiswerte Arbeitskräfte in die Gesellschaft eingliedern.

Dies ist für die Herkunftsländer natürlich verheerend. Dieser Braindrain, der durch die genannte Politik erzeugt würde, kämen denn tatsächlich ausgebildete Fachkräfte nach Deutschland, würde die Entwicklung in den Herkunftsländern verhindern und andererseits dazu führen, dass die Auswanderungswelle weiter ansteigt, da laut den Menschen geringe Aussichten bestehen, dass sich die Situation im Land positiv entwickelt. Ein Signal in diese Richtung, das von den meisten überhört wurde, war der Aufruf des Ex-Präsidenten von Afghanistan, Hamid Karzai, Flüchtlinge sollten nach Afghanistan zurückkehren, um beim Wiederaufbau des Landes zu helfen.

Statt Flüchtlinge aus anderen Ländern und Kulturen als vorübergehende Gäste zu betrachten, wurde uns erklärt, sie würden dauerhaft unsere Kultur "bereichern" und die Probleme der niedrigen Geburtenrate der Deutschen lösen. Eine vollkommen irre Annahme, von der ich in keinsten Weise begreifen kann, wie sie von sogenannten Linken übernommen werden konnte. Den Menschen, die gestern noch bereit waren, auch Einschränkungen hinzunehmen, um hilfsbedürftigen Menschen zu helfen, wurde nun erklärt, dass eine große Gruppe billiger Arbeitskräfte in die Gesellschaft integriert werden soll. Was besonders den großen Unternehmen die Hoffnung gab, nach Zeitarbeit, Arbeitsrechteabbau, Leiharbeit, einen weiteren Hebel zu erhalten, um das in Deutschland existierende Lohndumping weiterführen zu können. Angeblich soll also die Einwanderung nicht das Problem der "Flüchtlinge" lösen, sondern das von Deutschland.

Und niemand sieht darin einen Widerspruch, wenn einerseits die Ablehner der Massenmigration als Rassisten und Neonazis bezeichnet werden, weil sie sich nicht um die Schicksale der armen "Flüchtlinge" kümmern. Während gleichzeitig die Herkunftsländer geschwächt werden, da ihnen die qualifiziertesten und aussichtsreichsten Menschen genommen werden sollen, um die deutschen Probleme zu lösen - wenn man sie wie Kolonien behandelt.

## Die Lösungen der Migrationsgegner

Die Migrationsgegner, allen voran die AfD, stellen die Abschiebung der illegalen Migranten in den Mittelpunkt ihrer Migrationspolitik. In den USA und den meisten anderen Staaten droht illegalen Migranten außerdem eine Geld- oder oft auch Haftstrafe, bevor sie abgeschoben werden. Strafen sollen abschrecken, was aber bewiesenermaßen selbst in den USA nicht wirkt. Nicht wenige Illegale, die aus Deutschland abgeschoben werden, kommen nach wenigen Monaten wieder. Sie haben während der ersten Reise so viele Kenntnisse erworben, dass sie meist keine Schlepper mehr benötigen. Und sie kennen die Schwächen des Systems noch besser. Der wichtigste Grund aber, warum Abschiebung mit oder ohne Bestrafung für die illegale Einreise allein überhaupt nichts bewirkt, ist die Tatsache, dass sie nichts an den Fluchtursachen ändert. Weiter werden Länder mit Regime-Change-Politik destabilisiert, mit Sanktionen stranguliert und mit Bombardierungen zerstört. Heute ist es der Jemen, morgen kann es der Iran sein. Übermorgen tauchen plötzlich wieder Terroristen "aus dem Nichts auf", mit nagelneuen Toyota-Pick-ups ausgerüstet, und mit Waffen, deren Ursprung<sup>6</sup> man sehr wohl kennt.

Was die drohende Abschiebung lediglich bewirkt, ist das häufige Abtauchen in die Illegalität. Mit drohender Ausbeutung durch Unternehmen und Privatpersonen, die die Situation ausnutzen, mit Druck auf den ersten Arbeitsmarkt und mit drohender Not-Kriminalität.

Deshalb sind Abschiebungen nur in Verbindung mit anderen Maßnahmen wirksam. Nehmen wir das Beispiel Syrien. Die Menschen des Landes werden mit Sanktionen<sup>7</sup> tatsächlich gefoltert, und nachweislich wurden Menschen dadurch getötet, während westliche Propaganda behauptet, das "Regime" würde die eigene Bevölkerung umbringen wollen. Und Deutschland erklärt, die Flüchtlinge wären "durch das Regime" in Gefahr, wenn sie zurückkehren würden, deshalb könne man sie nicht zurück nach Syrien lassen. Ja, sie sind in Gefahr, aber aufgrund der Sanktionen, die auch Deutschland aufrechterhält, und der "Rebellen", die auch von Deutschland finanziert werden.

---

<sup>6</sup> <https://www.rubikon.news/artikel/woher-kommen-die-waffen>

<sup>7</sup> <https://jomenschenfreund.blogspot.com/2016/10/todliche-sanktionen.html>

Statt zu verhindern, dass Baumaterial, Werkzeuge und Handwerker nach Syrien kommen, um das Land wieder aufzubauen, müsste genau das gefördert werden. Und zwar nicht nur für die Gebiete, die unter Kontrolle der "Rebellen" sind und unter einem mörderischen Scharia-Regime leiden. Sondern für das gesamte Land. Und wenn die kräftigen männlichen Flüchtlinge im wehrfähigen Alter noch keine Ausbildung durch das Ursprungsland erhalten haben, sollten wir das nachholen, bevor wir sie abschieben. Aber nicht erst das Erlernen der deutschen Sprache fordern, um sie hier als billige Arbeitskräfte auszubeuten, sondern eine Ausbildung in ihrer eigenen Sprache anbieten, um den Herkunftsländern echte Hilfe durch Fachkräfte zukommen zu lassen.

### **Was wäre wirkliche Hilfe?**

Ein großer Teil der sogenannten "Flüchtlinge" sind Menschen, die gekommen sind, weil sie sich bessere wirtschaftliche Aussichten erhofften. Sie gaben dafür viel Geld aus, und man kann vielleicht erraten, wer hinter der Propaganda steckte, die viele Menschen dazu verführte, ihr Vermögen für Schlepper auszugeben. Was eine wirkliche Hilfe für diese Menschen gewesen wäre und gleichzeitig eine Hoffnung für die wirklich Hilfsbedürftigen in Flüchtlingslagern in und um Syrien, wäre beispielsweise eine Politik, die sie fit macht, ihren eigenen Ländern zu helfen. Was wichtiger als das Erlernen der deutschen Sprache gewesen wäre.

Wichtig für sie wäre, wie bereits gesagt, eine Qualifizierung oder Verbesserung der Qualifizierung mit dem Ziel, die Migranten für ihre Herkunftsländer noch interessanter zu machen und ihnen dort eine Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg zu geben. Das in Verbindung mit deutschen Unternehmen, die ihrerseits ein Interesse haben können, in den Herkunftsländern Produkte abzusetzen. Mikro- oder Kleinkredite vergeben, mit dem Ziel, den Menschen eine neue Existenz in den Herkunftsländern zu ermöglichen. Und schließlich die Menschen zurückzubringen. Und mit jedem dieser Rückkehrer sollte ein hilfsbedürftiger Flüchtling nach Deutschland gebracht oder sollten Flüchtlinge in Lagern unterstützt werden, aber nicht um sie zu integrieren, sondern um sie zu behandeln, aufzubauen, zu motivieren, wieder zurück in das Herkunftsland zu gehen, sobald dort die Gegebenheiten dafür geschaffen wurden.

Dagegen ist eine Immigrationspolitik ohne Abstimmung mit den Herkunftsländern ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wie kann man es verantworten, Ärzte aus Syrien anzulocken, während das Land durch den Krieg eine der größten Gesundheitskrisen der Geschichte durchmacht?

Wenn man es genau betrachtet, ist die "Flüchtlings"-Diskussion auf Seiten der Regierung und mancher linker Gruppen zynisch und heuchlerisch. Noch schlimmer ist vielleicht, dass die Diskussion von der Frage nach den wirklichen Ursachen ablenkt und damit verhindert, dass sich Deutsche, Progressive und Konservative, Linke und Rechte, gemeinsam überlegen, welche Rolle das Establishment, die Elite, in dem Drama spielt, das sich derzeit in Teilen der Welt abspielt und von dem ein Hall inzwischen bis zu uns drängt.

### **Braucht Deutschland Migration?**

Ich stimme der Behauptung begrenzt zu, dass Deutschland Immigration benötigt. Aber die Art und Weise, wie das Establishment versucht, die Diskussion über die Modalitäten einer Immigrationspolitik zu umgehen und im Gegenteil die Immigration und Flüchtlinge als Werkzeug benutzte, Zwietracht in der Gesellschaft zu säen, um von eigenen Fehlern abzulenken, ist schäbig. "Teile und Herrsche" in Perfektion. Dadurch wird auf Jahre die Diskussion über Migration belastet werden. Auch die Diskussion über eine kontrollierte Migration mit einem entsprechenden Gesetz verfehlt das Ziel. Zuerst stahlen wir die Rohstoffe, dann zerbombten wir die Länder, und schließlich stehlen wir ihnen die Möglichkeit, eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung zu planen. Aber gleichzeitig sollen Gesellschaften bzw. Staaten zerstörende Maßnahmen nun nicht mehr nur durch "Regime-Change"-Politik, sondern über globale Pakte legitimiert werden.

### **Schlachtfeld Afrika**

Tatsächlich ist einer der wichtigsten Gründe für Flucht und Migration aus Afrika die Einmischung des Westens in die afrikanische Wirtschaft und Politik. Wir müssen uns nur das Beispiel Libyen vor Augen halten. Da wurde das Land, welches von großen Teilen Afrikas als Hoffnungsträger für eine eigenentwickelte und vereinte Zukunft Afrikas angesehen wurde, buchstäblich in Stücke gebombt, angeblich um einen bösen Diktator davon abzuhalten, seine Bevölkerung "abzuschlachten". Was sich im Nachhinein natürlich wieder einmal als Kriegslüge<sup>8</sup> herausstellte.

Tatsächlich hatte die Zerstörung Libyens, unter der das Land auch über zehn Jahre nach dem Bombenkrieg der NATO leidet, weit über das Land hinaus für ganz Afrika gravierende Folgen. Also sind viele Nachrichten, die in keinsten Weise in den Nachrichten mit dem Nachkriegschaos in Libyen in Verbindung gebracht werden, irreführend. Tun sie doch so, als ob die Aufstände, der Terror, in anderen Regionen Afrikas vom Himmel gefallen wären.

Natürlich verschwanden die Goldvorräte des Landes, die von Gaddafi zur Golddeckung einer gemeinsamen Währung Afrikas angesammelt worden waren, spurlos. Ein Thema, das die "Qualitätsmedien" versuchen zu umgehen, indem sie stattdessen von der Suche nach Gaddafis illegalen Milliarden schreiben. Aber darüber hinaus konnte

---

<sup>8</sup> <https://www.rubikon.news/artikel/die-kriegsmacht-4>

sich der Terrorismus einerseits und die Industrie der Schlepper von Migranten andererseits praktisch unkontrolliert entwickeln.

Ein Artikel von Dan Glazebrook, erschienen auf den Seiten des Ron Paul Institute, beschreibt die Details. Der Autor erklärt, dass nun Boko Haram in Afrika die tödlichste Terrorgruppe der Welt sei, was eine Konsequenz der Politik Großbritanniens wäre. Und er schreibt, dass diese Folge möglicherweise gar nicht unerwünscht gewesen sei.

Glazebrook erklärt dann, dass Boko Haram für über 6.600 Morde im Jahr 2014 verantwortlich gewesen sei, während Isis "lediglich" für knapp über 6.000 Morde die Verantwortung übernahm. Das wäre dreimal so viel wie noch im Jahr 2013. Er nennt dann verschiedene Beispiele für Anschläge, bei denen Dutzende von Menschen starben. Dann fährt er damit fort, die Geschichte von Boko Haram zu erklären<sup>9</sup>:

*Im Jahr 2009, dem Jahr, an dem die Gruppe zu den Waffen griff, hatte Boko Haram nicht im Geringsten die Möglichkeiten, solche Operationen durchzuführen. Wie Peter Weber in The Week feststellte, veränderten sich ihre Waffen 'von relativ billigen AK-47 aus der Zeit vor 2009, zu wüstentauglichen Kampffahrzeugen und Flugabwehrgeschützen sowie Panzerabwehrwaffen'. Diese dramatische Entwicklung des Zugriffs auf Material war das direkte Resultat des NATO-Kriegs gegen Libyen. Ein UN-Bericht, der Anfang 2012 veröffentlicht worden war, warnte, dass 'große Mengen von Waffen und Munition aus libyschen Lagern in die Sahel-Zone geschmuggelt worden waren'. Darunter seien Panzerfäuste, Maschinengewehre mit Flugabwehr-Visieren, automatische Gewehre, Munition, Granaten, Semtex Sprengstoff und leichte Flugabwehr-Geschütze, montiert auf Fahrzeugen. Es wird vermutet, dass auch weiter entwickelte Waffen, wie Boden-Lufttraketen und Manpads (tragbare Luftabwehrsysteme), zum Arsenal der Gruppe gehören."*

Der Autor führt aus, dass die NATO das gesamte Waffenarsenal eines entwickelten Industriestaates in die Hände der sektiererischen Milizen wie die Libyan Islamic Fighting Group, Al-Kaida im islamischen Maghreb und Boko Haram hat fallen lassen.

Und dann erklärt er, dass in Folge des NATO-Krieges gegen Libyen die ersten Opfer dieses Krieges außerhalb von Libyen in Mali zu betrauern waren. Mali, das dürften Deutsche kennen, denn genau dort wurden nun deutsche Soldaten hingeschickt, um die Folgen des Libyen-Krieges irgendwie wieder ins Reine zu bringen. Wobei die Gründe natürlich in den deutschen Medien nicht erwähnt werden.

Ursprünglich waren es Tuareg-Krieger, die für Gaddafis Sicherheitskräfte gearbeitet hatten. Sie flohen aus Libyen, als der Bombenkrieg der NATO den Widerstand gegen die islamistischen Terroristen sinnlos machte. Diese Tuareg starteten dann im nördlichen Mali einen Aufstand. Dieser wurde aber von Terrorgruppen, die zu Al-Kaida gehörten, niedergeschlagen. Al-Kaida war nach dem Krieg gegen Libyen von Waffen überflutet worden und hatte leichtes Spiel.

Brendan O'Neill<sup>10</sup> schrieb schon 2014 dazu: (...) *Boko Haram profitierte enorm von dem Vakuum, das in dem einst friedlichen Nord-Mali als Folge des Sturzes von Gaddafi entstanden war. (...) Zunächst verbesserten sie ihre Guerilla-Fähigkeiten an der Seite von erfahreneren Islamisten in Mali, wie der AQIM, und zweitens sammelten sie geschätzte 15.000 libysche Militärartikel ein, die über die Grenzen des Landes geflossen waren, nachdem Gaddafi beseitigt worden war.*

*Im April 2012 berichtete die Agence France-Presse, dass dutzende der Boko Haram Kämpfer der AQIM assistieren würden, weitere in Nord-Mali. Das hatte einen vernichtenden Effekt auf Nigeria. Wie die Washington Post Anfang 2013 berichtete, 'war der islamistische Aufstand im nördlichen Nigeria in eine gewalttätigere Phase eingetreten, da die Aufständischen mit besseren Waffen und Taktiken, die sie in Mali erlernt hatten, eintrafen'. Ein nigerianischer Analyst sagte, dass Boko Harams Grad an Verwegenheit gegen Ende 2012 sehr hoch wäre. Das war unmittelbar nachdem einige der Militanten aus Mali eingetroffen waren."*

Dass dieser Krieg der NATO in Libyen diese Konsequenzen haben würde, war überaus voraussehbar und von vielen vorhergesagt. Schon im Juni 2011 hatte der Vorsitzende der Afrikanischen Union, Jean Ping<sup>11</sup>, die NATO gewarnt, dass "Afrikas Sorge ist, dass diese Waffen, die zu einer oder anderen Seite geliefert werden, schon bald in der Wüste sein werden und die Terroristen bewaffnen und Verbrechen fördern werden". Sowohl Mali als auch Algerien waren entschieden gegen die Zerstörung Libyens durch die NATO, weil sie eine massive Destabilisierung in die Region bringen würde. Sie argumentierten, schrieb O'Neill, "dass ein solcher gewalttätiger Aufstand in einer Region, wie dem nördlichen Afrika, katastrophale Konsequenzen mit sich bringen kann". Die Nachwirkungen der Bombardierungen wären "eine ernste Quelle von Sorge", sagten die Herrscher Malis im Oktober 2011.

Und tatsächlich, wie die BBC berichtete, so Dan Glazebrook, hatten sie seit dem Konflikt in Libyen argumentiert, dass der Fall von Gaddafi einen destabilisierenden Effekt auf die Region haben werde.

In einem Artikel nach dem Zusammenbruch von Nordmali, schrieb ein ehemaliger Stabschef der britischen Landstreitkräfte, Generalmajor Jonathan Shaw, dass Oberst Gaddafi ein Dreh- und Angelpunkt des informellen Sahel-Sicherheits-Plans war und dass seine Beseitigung daher zu einem vorhersehbaren Zusammenbruch der Sicherheit

<sup>9</sup> <https://www.counterpunch.org/2015/11/27/deadliest-terror-in-the-world-the-wests-latest-gift-to-africa/>

<sup>10</sup> <https://www.spiked-online.com/2014/05/12/quit-your-crying-america-you-boasted-boko-haram/>

<sup>11</sup> <https://in.reuters.com/article/idINIndia-58000920110630>

in der gesamten Region führen würde. Der Aufstieg von Boko Haram war eines der Ergebnisse, allerdings mit strategischen Vorteilen für den Westen.<sup>12</sup>

Nigeria war einmal von den USA als einer ihrer verlässlichsten Verbündeten auf dem afrikanischen Kontinent angesehen worden. Jedoch hatte sich das Land, entsprechend einem Muster im gesamten globalen Süden, nun enger an China angelehnt.

Ein Geschäft, das Schlagzeilen machte, war ein Vertrag über 23 Milliarden Dollar im Jahr 2010, mit den Chinesen, über den Bau von Raffinerien, die die Ölexporte Nigerias nach China um 750.000 Barrels pro Tag erhöhen sollten. Gefolgt wurde das Geschäft im Jahr 2013 von einer Vereinbarung, nigerianische Ölexporte nach China zu verzehnfachen, und zwar schon bis zum Jahr 2015 (von 20.000 auf 200.000 Barrels pro Tag.) Aber Chinas wirtschaftliche Interessen gingen weit darüber hinaus.

*Ein nigerianischer Diplomat, der von der China-Afrika-Spezialistin Deborah Brautigam interviewt wurde, sagte ihr, dass 'die Chinesen versuchen, in jedem Sektor der Wirtschaft Fuß zu fassen. Wenn Sie den Westen ansehen, ist es Öl, Öl, nichts als Öl'. Im Jahr 2006 vergab China einen niedrig verzinsten Kredit über 8,3 Milliarden Dollar an Nigeria, um eine neue Eisenbahn zu bauen, und im folgenden Jahr baute China einen Telekommunikationssatelliten für das Land.*

*Und tatsächlich fielen vom bilateralen Handel (18 Milliarden Dollar) zwischen den Ländern, 88 Prozent auf nicht mit Erdöl in Verbindung stehenden Geschäften, und im Jahr 2012 betrugen die Importe Nigerias aus China (dem größten Import-Partner) mehr als das Volumen des zweit- und drittgrößten Partners, also der USA und Indien, zusammen.*

*Diese Art des Handels und der Investitionen hilft Afrika wirklich und ermöglicht, Wertschöpfung zu betreiben und wird deshalb durch die westliche globale Wirtschaftsordnung unterminiert. [Durch]Eine Wirtschaftsordnung, die darauf basiert, dass Afrika eine unterentwickelte Region bleibt, die billige Rohmaterialien liefert.*

Aber dabei war die Kooperation mit China nicht auf die Wirtschaft beschränkt geblieben. Im Jahr 2004 hatte China einen Antrag Nigerias auf einen Sitz im UN-Sicherheitsrat unterstützt, und im Jahr 2006 unterzeichnete Nigeria ein Memorandum of Understanding über die Errichtung einer strategischen Partnerschaft mit China. Es war das erste Land, das diesen Schritt gewagt hatte. Es ist ein Schritt, der auf einer soliden Unterstützung in der Bevölkerung basiert. Eine Umfrage der BBC aus dem Jahre 2011 hatte ergeben, dass 85 Prozent der Nigerianer eine positive Meinung von China hatten.

Das kann nicht überraschend sein, wenn sogar USA-freundliche Denkfabriken wie die Jamestown Foundation zugeben, dass "Chinas Verbindungen mit Nigeria qualitativ sehr unterschiedlich von denen des Westens sind, und als Ergebnis entstehen daraus Vorteile für die einfachen Leute Nigerias". Symbolisch für die Wichtigkeit der Partnerschaft war die Tatsache, dass der Premierminister Chinas, Li Keqiang, Nigeria zum ersten Ziel seiner Auslandsbesuche im Jahr 2013 machte.

Diese wachsende Süd-Süd-Kooperation wurde durch die USA nicht positiv gesehen, weil dadurch zu erkennen war, dass ein einst abhängiger Staat aus dem Orbit ausbrach. Die African Oil Policy Initiative Group, ein Konsortium von US-Kongressabgeordneten, Militärs und Energie-Lobbyisten, hatte schon 2002 in einem Bericht geschlossen, dass China ein Rivale der USA in Westafrika wäre und dass militärische Maßnahmen nötig würden, um den Einfluss einzudämmen.

Und China war zunehmend von US-Politikern als strategische Bedrohung angesehen worden, die unbedingt militärisch gedämpft werden müsse. Ein Bericht des US-Stabschefs Martin Dempsey aus dem Juli betonte, dass China eines der "größten Sicherheitsrisiken" der US-Vorherrschaft darstelle, auch wenn schon die Obama-Politik mit Asien als "Dreh- und Angelpunkt" das im Jahr 2013 bereits klar gemacht hatte.

*Wenn die USA zunehmend ihre Strategie darin sehen, die chinesischen Interessen zu unterminieren - und dafür gibt es viele Anzeichen -, ist die Schlussfolgerung dieser Stellungnahme, dass die Instabilität Nigerias der einzige Weg ist, zu garantieren, dass die chinesischen Interessen bedroht werden. Und dies dient den globalen strategischen Zielen der USA.*

*Die relativ seltsamen Aktivitäten der USA, den nigerianischen Kampf gegen Boko Haram zu behindern, von einer Blockade der Waffenlieferungen im letzten Jahr bis zur Finanzierung des Kampfes in allen Nachbarländern Nigerias, aber nicht in Nigeria selbst, ebenso wie das Aussetzen des Imports von Rohöl aus Nigeria im Jahr 2014 ('eine Entscheidung, die dazu führte, dass Nigeria in eine der ernsthaftesten Finanzkrisen stürzte', wie eine lokale Tageszeitung schrieb), würden darauf hinweisen.*

Und so waren die ersten Wirtschaftsmigranten nach dem Angriffskrieg der NATO unter dem Deckmantel einer UNO-Resolution über eine Flugverbotszone jene aus Libyen, die durch den NATO-Angriffskrieg von 2011 ihre Arbeit, ihre Existenz und ihre Zukunft verloren hatten. Während die darauffolgenden Menschen jene waren, die nun nicht mehr Libyen als Ziel ins Auge fassten, weil es das prosperierende Libyen, das sich für die afrikanische Einheit einsetzte, nicht mehr gab. Sie wandten sich nun direkt an Westeuropa.

**Seite 8 - weiter im Teil 2 >**

---

<sup>12</sup> <https://www.counterpunch.org/2015/11/27/deadliest-terror-in-the-world-the-wests-latest-gift-to-africa/>

# Das Migrationschaos in Deutschland

## Wie aus Unfähigkeit politisches Kapital wurde (Teil 2)

Jochen Mitschka am 28.7.2019 auf RT - <https://deutsch.rt.com>



Mitglieder der spanischen humanitären NGO "Proactiva Open Arms" kommunizieren mit Flüchtlinge und Migranten während einer Rettungsaktion vor der Küste Libyens, 4. Oktober 2016

Neben den "humanitären Kriegen" des Westens ist die Globalisierung die zweite zentrale Ursache für Flucht und Migration. Besonders perverse Auswirkungen hat hier die Subventionspolitik der EU, das sogenannte Altkleidergeschäft sowie das bewusste Abwerben ausländischer Fachkräfte.

*Weltweiter Handel mit Gütern jeder Art, ein internationaler elektronisch getakteter Finanzmarkt, sekundenschnelle Kommunikation rund um den Erdball, Dependancen der immer gleichen weltumspannenden Konzerne und Konsumtempel in jeder Stadt - das alles sind Facetten einer Globalisierung, die wir seit einigen Jahrzehnten in verschärftem Ausmaß erleben.*

*Diese Globalisierung bringe Wohlstand für alle - dieses neoliberale Versprechen hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen Nord und Süd. (Attac)<sup>13</sup>*

Neben den "humanitären Kriegen" des Westens ist die Globalisierung der zweite wichtige Punkt, der als Ursache für Flucht und Migration identifiziert werden kann. Nachfolgend einige Beispiele.

### Die Subventionspolitik der EU

Viele der Wirtschaftsmigranten aus Afrika treten ihre Reise aus dem Senegal an. Die dortigen Fischer, um ein Beispiel zu nennen, haben ein Problem. Ihre Geschäfte laufen nicht mehr so richtig. Immer öfter müssen die Fischer ohne einen kostendeckenden Fang zurück in den Hafen fahren. Sie erleben einen schleichenden Ruin, der ihnen von der EU auferlegt wurde.

Wenn diese Fischer aufgeben<sup>14</sup> und mit ihren Booten nach Europa fahren, tun sie das nicht, weil sie vor Kriegen flüchten, sondern weil sie vor der wirtschaftlichen Ausbeutung durch den Westen flüchten. Diese Not der Fischer aus dem Senegal hat nichts mit dem Klimawandel zu tun. Sondern sie ist das Resultat der Globalisierung bzw. der Wirtschaftspolitik der EU.

Interessanterweise sind die riesigen Schiffe der europäischen Fischereikonzerne durch Steuersubventionen, also durch Steuergelder des EU-Bürgers mitfinanziert. Um es deutlich zu machen: Der deutsche Steuerzahler zahlt die Schiffe großer Konzerne, damit diese Profit erwirtschaften können und den afrikanischen Fischern damit das Geschäft zunichte machen. Und wenn diese Fischer dann nach Deutschland kommen, dürfen die Steuerzahler dann

<sup>13</sup> <https://www.attac.de/themen/globalisierung/>

<sup>14</sup> [https://www.deutschlandfunkkultur.de/eu-fangflotten-im-senegal-wie-fischfang-migration-ausloest.979.de.html?dram:article\\_id=420002](https://www.deutschlandfunkkultur.de/eu-fangflotten-im-senegal-wie-fischfang-migration-ausloest.979.de.html?dram:article_id=420002)



noch einmal bezahlen, nämlich für die menschenwürdige Versorgung ebendieser Fischer, die durch seine Steuergelder arbeitslos wurden.

Ein Schiff der großen Konzerne hat einen Ertrag, der dem der kleinen Fischer von 55 Jahren entspricht. Was dann nicht nur für den Tag, sondern langfristig für eine Dezimierung der Fischereibestände führt.

Nun ist das nicht illegal. Denn ebenfalls mit Steuergeldern hat die EU vorher dem Staat Senegal die Fangrechte abgekauft. Das heißt, nicht nur die Fabrikschiffe wurden dank Steuergeldern vor die Küsten Afrikas geschickt, sondern, wie es sich für ordentliche Beamte schickt, hat man vorher die Fangrechte natürlich bezahlt. Das heißt, die EU macht mit einer korrupten Elite die besten Geschäfte, während die Fischer gerade noch für den Eigenbedarf fischen dürfen.

*65 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten, die Einschulungsquote liegt bei 60 Prozent. Es gibt einen großen Unterschied zwischen dem hohen Bildungsstandard einer kleinen Elite und dem niedrigen der Mehrheit der Bevölkerung.*<sup>15</sup>

Aber der Skandal wird noch größer. Diese Fabrikschiffe werfen einen großen Teil des Fangs wieder zurück ins Meer. Das soll bis zu einem Drittel des Fangs ausmachen, wobei die Fische natürlich tot sind. Tot, bevor sie laichen konnten. Was zu einer kontinuierlichen Reduzierung der Fischbestände führt. Grund: Die Qualität entspricht nicht den europäischen Erwartungen des Marktes. Aber die Massenmedien beklagen die Überfischung der Meere, ohne wirklich auf die Hintergründe einzugehen.

Wenn auf diese Weise die Fischer in den afrikanischen Ländern keine Perspektive für eine sinnvolle Nutzung ihrer Schiffe sehen, bleibt ihnen nur eine Wahl: der Verkauf der Schiffe an die Konzerne der Menschenschmuggler. Und als Bonus können sie eventuell eine Freifahrt heraushandeln.

## **Die Secondhand-Verbrechen des Westens**

Ein weiteres Beispiel für die Perversität der Globalisierung ist das Altkleidergeschäft. Kleider, die in Deutschland als Altkleider, als Müll, gesammelt werden, zerstören die lokale Textilproduktion und den traditionellen Handel in Afrika.

Diese Secondhand-Textilien aus Europa, welche die Händler kostenlos erhalten und für die lediglich Sortierung und Transport als Kosten anfallen, zerstören die Lebensgrundlagen von lokalen Kleinbetrieben und auch größeren Textilunternehmen, die unmöglich mit den Importen aus Europa konkurrieren können.

Nun könnte man fragen, warum denn keine entsprechenden Zölle auf die Altkleider erhoben werden. Nun, das ist die Folge der Globalisierung. Afrika wurde gezwungen, seine Märkte zu öffnen. Und wenn ein Land Kredite von der Weltbank oder dem Internationalen Währungsfonds erhalten will, sind sogenannte "Reformen" immer Voraussetzung für die Gewährung.

**Und unter "Reformen" wird immer "Liberalisierung" verstanden. Das heißt ungehinderter Zugang von westlichem Kapital und Waren auf dem afrikanischen Markt.**

Aber es kommt noch schlimmer. Da das Sortieren der Altkleider in Deutschland zu teuer ist, werden die Container mit unsortierten Kleidern zuerst einmal in andere Länder geliefert, in denen die Lohnkosten niedriger sind. Nein, das sind nicht die afrikanischen Bestimmungsländer. Das sind Länder wie Dubai, in denen indische, pakistanische oder thailändische Arbeiter zu niedrigsten Löhnen sortieren. Und von dort erst gehen dann die Altkleider zu ihren Bestimmungsmärkten. Globalisierung eben.

In Ruanda wehrte sich Präsident Paul Kagame gegen den Import von Altkleidern zu Preisen, welche die Textilindustrie zerstört. Was folgte, war eine politische Kampagne, bei der ihm "Diskriminierung" ausländischer Investoren und Widerstand gegen die Globalisierung vorgeworfen wurde. Es ist klar, wer hier geschützt werden soll. Sicher nicht die Menschen Ruandas, und auch nicht die Menschen, die im guten Glauben ihre Altkleider "spenden", noch viel weniger ist es im Interesse der Menschen, die aufgrund der die Wirtschaft der Entwicklungsländer zerstörenden Politik der westlichen Staaten nun "Refugees Welcome"-Schilder hochhalten. Aber diese haben keine Ahnung, dass sie instrumentalisiert werden.

## **Die Nahrungsmittelproduktion**

Ein Dokumentarfilm, der auf *Spiegel TV*<sup>16</sup> ausgestrahlt wurde, trägt den Titel: "Wie die EU Afrika in die Armut treibt". Der Beitrag beginnt mit der Bemerkung, dass in Afrika, wo 85 Prozent der Bevölkerung einst von Landwirtschaft und Viehzucht lebten, die lokalen Milchbauern ihre Milch nicht mehr absetzen können, weil insbesondere aus der EU importierte Trockenmilch zu Dumpingpreisen angeboten wird und den Markt für lokale Produkte zerstört hat. Die landwirtschaftlichen Produkte in der EU sind subventioniert. So werden zum Beispiel Zwiebeln aus Holland subventioniert produziert. Und meist ist eine Überproduktion von Zwiebeln zu verzeichnen. Diese werden dann subventioniert nach Afrika verkauft.

---

<sup>15</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Senegal#Innenpolitik>

<sup>16</sup> <https://www.spiegel.de/sptv/special/a-478236.html>

Wer die landwirtschaftliche Produktion in der EU kennt, weiß, wie hoch mechanisiert sie ist. Und die Verarbeitung ist zudem noch hoch automatisiert. In Afrika dagegen gibt es weder einen hohen Mechanisierungsgrad noch eine Automatisierung der Verarbeitung. Was dazu führt, dass lokale Produzenten chancenlos im Preiswettbewerb gegen die europäischen steuerlich subventionierten Importe sind.

Trotz Transportkosten für Tausende von Kilometern sind die europäischen Zwiebeln günstiger als die lokal von Kleinbauern angebauten Zwiebeln, die diese auf dem heimischen Markt verkauften, bis die Konkurrenz sie zwang, eine andere Art des Lebensunterhaltes zu wählen.

Die Welthandelsorganisation WHO, der IWF und die Weltbank betreiben bewusst eine Politik, welche die großen Industrieländer bevorzugt und Afrika als Absatzgebiet für Überschussproduktion öffnete. Was machen Bauern, die keine Chance mehr haben, von ihrer Arbeit auf dem Land zu leben? Sie lassen die Gebiete, die früher bewirtschaftet wurden, brach liegen. Bis vielleicht eines Tages große Agrarkonzerne die Flächen aufkaufen. Während die Bauern sich auf den Weg nach Europa machen.

Die äußerst umweltschädliche Überproduktion von Milch innerhalb der EU wird, wie eingangs erwähnt, zu Milchpulver verarbeitet und zerstört so die Lebensgrundlage von Milchbauern in Afrika. Mit anderen Worten: In der EU wird die Produktion subventioniert gesteigert, um sie dann subventioniert in Afrika abzusetzen und dort die Basis der örtlichen Produktion zu zerstören.

Ein weiteres Beispiel für die Vernichtung der Wirtschaft Afrikas ist der Absatz von gefrorenen Hühnerteilen. Da in der EU vorwiegend Schenkel und Brustfleisch nachgefragt werden, aber in Afrika das gesamte Huhn geschätzt wird, setzen EU-Firmen ihre "Abfälle" an gefrorenen Hühnerteilen in Afrika ab und zerstören dort die lokalen Hühnerproduktionsbetriebe. Diese haben keine Chance gegen die Preise von "Abfallprodukten" aus der EU. Produkte, die noch dazu subventioniert werden.

Kinderarbeit für Seltene Erden, kostbares Trinkwasser für Rosenexporte in die EU wären weitere Beispiele für die gnadenlose Ausbeutung Afrikas durch die reichen Nationen - dank Globalisierung.

### **Das Verbrechen des Braindrains**

Im Jahr 2015 machte die deutsche Bundeskanzlerin Werbung in deutschen Medien, um ausländische Fachkräfte, insbesondere aus den Entwicklungsländern, nach Deutschland zu locken. Man fragt sich wirklich, was in den Köpfen derjenigen vorging, die ein solches Programm entwickelt hatten.

Die Einladung erfolgte nicht durch die EU-Gremien an arbeitslose Spanier, Italiener oder Menschen anderer Nationalitäten innerhalb der EU, die ohnehin ohne Probleme in Deutschland arbeiten könnten. Nein, sie erfolgte an Menschen in jenen Ländern, die selbst händeringend jene Fachkräfte für den Aufbau der Wirtschaft benötigen.

Braindrain - das Aussaugen der Intelligenz, das "Beutemachen" an Fachkräften, ist ein Verbrechen an den Entwicklungsländern. Diese haben die in diesen Ländern viel kleinere Gruppe von Menschen als in Industrieländern qualifiziert, sie aufgezogen und ausgebildet, aber Deutschland möchte nun davon profitieren.

Das ist nichts anderes als Kolonialismus 2.0. Zuerst stahlen die Kolonialländer die Muskelkraft in Form von Sklaven, dann die Bodenschätze, schließlich beziehen sie noch heute "Kolonialsteuern"<sup>17</sup> oder kontrollieren<sup>18</sup> die Währungen, wie Frankreich. Und nun ist die Beute also die Fachkraft. Ausgebildete Menschen, die in Deutschland zu Billiglöhnen einheimische Fachkräfte ersetzen, die es ja angeblich nicht mehr gibt. Man sollte hinzufügen, nicht zu den gewünschten Löhnen.

### **Vera Lengsfeld<sup>19</sup> bringt Braindrain an einem Beispiel auf den Punkt:**

*Der mexikanische Entwicklungsökonom und UNESCO-Koordinator für Migration und Entwicklung, Raúl Delgado Wise, hält sich bezüglich der Rolle von Migration kein Blatt vor den Mund: 'Wenn man sich die Daten ansieht, ist Migration eine Subventionierung des Nordens durch den Süden.' Im Gesundheitssektor wird dies besonders deutlich. 38 % des britischen und 10 % des deutschen medizinischen Personals hat seine Ausbildung in strukturschwachen Ländern Ostmitteleuropas bekommen. Diese tragen die Kosten, während das Zentrum der EU davon profitiert. Der UN-Migrationspakt hat sich zur Aufgabe gestellt, diese Schiefelage zu verwalten und damit festzustellen.*

### **Folgen des Kolonialismus nicht beendet**

Wer glaubt, dass der Kolonialismus nur noch Geschichte wäre, der täuscht sich. In West- und in Teilen Zentralafrikas werden Länder nach wie vor in kolonialer Weise ausgebeutet, indem sie für ihre politische Unabhängigkeit mit einer Steuer und wirtschaftlicher Abhängigkeit teuer bezahlen. Der Artikel im Deutschlandfunk stellt fest: *In West- und Zentralafrika setzt Frankreich die Ausbeutung seiner ehemaligen Kolonien fort - unter anderem über*

---

<sup>17</sup> <https://linkezeitung.de/2017/02/16/14-afrikanische-laender-von-frankreich-gezwungen-kolonialsteuer-fuer-die-wohltaten-der-sklaverei-und-kolonisierung-zu-zahlen/comment-page-1/>

<sup>18</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/der-westafrikanische-franc-frankreich-und-der-unsichtbare.724.de.html?dram:article\\_id=436556](https://www.deutschlandfunk.de/der-westafrikanische-franc-frankreich-und-der-unsichtbare.724.de.html?dram:article_id=436556)

<sup>19</sup> <https://vera-lengsfeld.de/2018/11/24/un-migrationspakt-verwaltet-weltweite-ungleichheit/>

*eine Währung, die alte Machtverhältnisse zementiert und die wirtschaftliche Entwicklung blockiert. Die Folgen: Armut, Konflikte und Migration.*

Der Artikel berichtet, was bereits beschrieben wurde, nämlich dass Importartikel billiger angeboten werden als lokal produzierte Güter. Frankreich hatte den Ländern Afrikas nur die Unabhängigkeit unter der Auflage ermöglicht, dass die kolonialen Handelsverträge weiter bestehen mussten. Damit hatte Frankreich einerseits die Last der kolonialen Verwaltung von den Schultern, andererseits konnte es weiter von den vorteilhaften Vorzugskonditionen profitieren. Diese sahen zum Beispiel Rohstoffexporte aus den Ländern nach Frankreich zu Sonderkonditionen vor.

So wären die Stromkosten in Frankreich wesentlich höher, wäre der Uranimport nicht deutlich billiger als die Preise des Weltmarktes. Die gesamte Industrialisierung Frankreichs wäre ohne die kolonialen Handelsverträge nur zu wesentlich höheren Kosten möglich gewesen. Aber die Verträge sehen nicht nur niedrigere Preise vor, sondern sie behindern auch den Export an Drittländer. Im Falle Gabuns heißt es in dem Vertrag beispielsweise:

*Die Republik Gabun verpflichtet sich, der französischen Armee strategische und rüstungsrelevante Rohstoffe zur Verfügung zu stellen. Der Export dieser Rohstoffe in andere Staaten ist aus strategischen Gründen nicht erlaubt.*

Das wichtigste Werkzeug der Kontrolle der ehemaligen Kolonien in Afrika ist für Frankreich jedoch der CFA-Franc (Colonies françaises d'Afrique). Diese Währung wurde in acht westafrikanischen Staaten und sechs Staaten Zentralafrikas eingeführt. Sowohl Westafrika als auch Zentralafrika hat ihre eigene Zentralbank. Allerdings ist die Währung an den Euro gekettet und damit austauschbar. 150 Millionen Menschen in Afrika nutzen diese Währung. Und genau jene wollte Libyens Gaddafi unter anderem durch eine mit Gold gedeckte eigene afrikanische Währung ersetzen, bis die NATO dem einen Riegel vorgeschoben hatte.

Der *Deutschlandfunk* schreibt über den *CFA-Franc*: "Der Franc CFA wird immer dargestellt als eine Währung, die Westafrika eine gewisse ökonomische Stabilität verleihen soll", erklärt die französische Journalistin und Afrikaexpertin Fanny Pigeaud. Gemeinsam mit dem senegalesischen Ökonomen Ndongo Samba Sylla hat sie gerade ein Buch über den CFA-Franc herausgebracht: "Frankreichs unsichtbare Waffe".

*Ja, die Westafrikanische Zentralbank verfolgt, durch Verträge mit Frankreich gezwungen, eine Geldpolitik, welche die Inflation auf ein Minimum begrenzt. Insofern gibt es wirklich eine gewisse Stabilität, was die Preise angeht. Allerdings blockiert diese erzwungene Stabilität die wirtschaftliche Entwicklung der betreffenden Staaten. Eine eigenständige Geldpolitik ist so unmöglich. Dadurch gibt es zwar eine Stabilität, aber eben eine Stabilität der Armut. Deshalb sagen Ökonomen schon seit Jahren, dass das System reformiert werden muss.*

Natürlich war die Einführung der Währung im Jahr 1945 ein Werkzeug der Ausbeutung der Länder durch Frankreich. Und dazu dient sie bis heute. Und so ist die politische Unabhängigkeit nur Fassade, weil die Geldpolitik und die Wirtschaft nach wie vor durch den ehemaligen Kolonialherrn bestimmt wird. Das dürfte auch manchem verständlich machen, warum französische Soldaten immer mal wieder "den ehemaligen Kolonien helfen", wie man in unseren Nachrichten hören kann.

*Noch immer liegen 50 Prozent der Währungsreserven der insgesamt 14 CFA-Staaten in Frankreich. Das Geld wird in Frankreich hergestellt, und Frankreich hat das alleinige Recht, die Währung auf- oder abzuwerten. In den Zentralbanken West- und Zentralafrikas sitzt jeweils ein französischer Vertreter mit Vetorecht. Ohne Frankreich geht nichts. Devisen, Wechselkurse und Währungsreserven - was auf den ersten Blick dröge klingen mag, erzählt bei genauerem Hinsehen viel über die Ursprünge von Armut, Konflikten und Migration in den ehemaligen französischen Kolonien.*

Der Bericht beschreibt auch, was passiert, wenn ein Land versucht, aus der von Frankreich kontrollierten Währung auszusteigen:

*Nach der Reform tat Frankreich zwar alles Erdenkliche, um Guinea für seinen Austritt aus der Währungsunion zu bestrafen. Was lange nur ein Gerücht war, lässt sich heute historisch belegen: Frankreich ließ damals guineisches Falschgeld drucken, flutete damit das Land und stürzte die Währung in eine katastrophale Inflation. ([Quelle](#))*

Und so wird verständlich, dass niemand über die Ursachen der Flucht und Migration redet, sondern alle nur darüber, wie man Migranten und Flüchtlinge als menschliche Ressourcen optimal nutzen kann.

Nun wollen die Globalisierungsprofiteure die Folgen der Globalisierung (Kolonialisierung war ein Vorläufer), nämlich die Zerstörung der örtlichen Volkswirtschaften, die Ausbeutung der Ressourcen und Menschen in den armen Ländern und die daraus entstehenden Migrationsströme, optimieren. So kann man den "Migrationspakt" und den "Flüchtlingspakt" interpretieren, über die ich im letzten Teil der Artikelserie berichten werde.

**Seite 12 - weiter im Teil 3 >**

# Das Migrationschaos in Deutschland

## Wie aus Unfähigkeit politisches Kapital wurde (Teil 3)

Jochen Mitschka am 29.7.2019 auf RT - <https://deutsch.rt.com>



Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht auf der Regierungskonferenz für den "Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration" in Marrakesch, Marokko, 10. Dezember 2018

"Wir verpflichten uns, eine sichere, geordnete und reguläre Migration zum Wohle aller zu erleichtern und zu gewährleisten", heißt es im UN-Migrationspakt. Doch die UN sollten die Welt nicht destabilisieren, indem sie eindimensional die Migration preisen. Eine Analyse.

### Der UN-Migrationspakt

Die USA, Australien, Österreich und andere Länder verweigern die Unterschrift unter den UN-Migrationspakt. Also müssen da Verschwörungstheoretiker an der Macht sein, denn sie behaupten, der Pakt würde ihre Souveränität untergraben. Eine Behauptung, die im Internet schon kurz nach Bekanntwerden des Textes kursierte. Während die Bundesregierung Deutschlands wieder einmal die Annahme als alternativlos darstellte.

Die Entscheidung, den Pakt zu unterschreiben, gehört zu jenen Entscheidungen, über die unsere Dauerbundeskanzlerin Angela Merkel so treffend bemerkte<sup>20</sup>:

*Wir können im Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik sagen, dass all die großen Entscheidungen keine demoskopische Mehrheit hatten, als sie gefällt wurden. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiederbewaffnung, die Ostverträge, der Nato-Doppelbeschluss, das Festhalten an der Einheit, die Einführung des Euro und auch die zunehmende Übernahme von Verantwortung durch die Bundeswehr in der Welt - fast alle diese Entscheidungen sind gegen die Mehrheit der Deutschen erfolgt.*

Die Bundesregierung behauptet, dass der Pakt keineswegs verbindlich wäre. Der "Pakt" aber hat ansonsten alle Kennzeichen einer verbindlichen Vereinbarung. Vorausgeschickt: Leider fehlt in dem "Migrationspakt" die Unterstützung für die wichtigsten Gründe, mit denen Wirtschaftsmigranten motiviert würden, ihre Heimat nicht zu verlassen. Gründe, die da wären:

1. Beendigung der Forderungen nach niedrigen oder keinen Zöllen auf Güter aus den reichen Ländern.
2. Beendigung der Forderung von anderen "Reformen", welche die gewachsenen Wirtschaften der Länder bedrohen, soziale Gemeinschaften zerstören und die Unterstützung ärmerer Menschen durch den Staat unmöglich machen. (Indien hat zum Beispiel auf den Abschluss eines Handelsabkommens mit den USA verzichtet, weil das Land darin gezwungen werden sollte, Subventionen auf Nahrungsmittel zu streichen. Dies hätte einer großen Zahl von Menschen mit niedrigen Einkommen existentielle Probleme gebracht.)
3. Beendigung von "humanitären Kriegen" (wie im Fall von Libyen, dem Irak, demnächst dem Iran und Venezuela).
4. Verpflichtung, keine Waffen in Entwicklungsländer zu liefern. Und insbesondere nicht an bewaffnete Aufständische (wie beispielsweise in Syrien). Was eigentlich ohnehin verboten ist, aber permanent ignoriert wird.

<sup>20</sup> <https://kenfm.de/standpunkte-%E2%80%A2-das-primat-der-politischen-parteien/>

5. Verpflichtung, die Ausbeutung von Afrika zu beenden. Beispielsweise keine Rohstoffe zu Sonderkonditionen (zum Beispiel Frankreich Uran) zu beziehen oder sogar Kolonialsteuern zu fordern.

**Stattdessen steht<sup>21</sup> in diesem "Pakt":**

*Wir verpflichten uns, eine sichere, geordnete und reguläre Migration zum Wohle aller zu erleichtern und zu gewährleisten.*

Laut Migrationsforschern sitzen 70 Millionen Menschen auf gepackten Koffern. Und nach diesem Pakt wollen die Unterzeichnerstaaten ihre Migration erleichtern und gewährleisten. Was ziemlich eindeutig aus diesem Pakt hervorgeht, ist der Wille, die Ausbeutung der armen Länder weiter zu verfolgen und aus den illegal in die Industrieländer migrierten Menschen legale Migranten zu machen. Nicht zuletzt aufgrund des Wunsches der großen Konzerne, ständig nach höheren Löhnen und Renten rufende einheimische Arbeitnehmer und Rentner in ihre Schranken zu verweisen.

Als Projektmanager und -koordinator war ich in den letzten Jahren meines aktiven Berufslebens für die Einführung und Qualitätssicherung von Software verantwortlich, welche Produktionsabläufe steuerte, speziell in der Pharmaindustrie und anderen Industriezweigen, die einer hohen Nachweispflicht unterliegen. Früher waren in erster Linie der Ausbildungsstand und die Ethik der Mitarbeiter für die Qualität zuständig. Sie mussten die Produktionsvorgänge nach vorgegebenen, aber noch relativ flexiblen Anweisungen im Rahmen ihres Wissens kontrollieren und dokumentieren. Nach der Einführung der Software und Automatisierung wurde das Wissen in die Software übertragen, und die Mitarbeiter wurden zum Hilfsarbeiter der Automatisierung. Das heißt, auf dem Bildschirm erschien eine Anweisung, die der Arbeiter dann ausführen musste. Die Software kannte die Grenzwerte, wusste, wann was zu tun war. Der Arbeitnehmer musste nur noch aufpassen, dass er die Anweisungen richtig umsetzte.

Die Folge war, dass gut ausgebildete Mitarbeiter, die naturgemäß ein ordentliches Gehalt erhalten hatten, entlassen und an ihrer Stelle billigere Hilfskräfte eingestellt wurden. Das hatte anfangs einige Probleme mit sich gebracht, als ein neuer (billigerer) Arbeiter einen Memorystick mit einem vireninfizierten Spiel in die Firma brachte, um die triste Nachtschicht angenehmer zu gestalten. Aber die zwei Millionen Euro Schaden waren nur vorübergehende Schwierigkeiten, die durch entsprechende Software- und Überwachungsmaßnahmen ausgeschlossen wurden.

Mit anderen Worten: Je weiter die Digitalisierung fortschreitet, desto weniger ausgebildete Fachkräfte werden wir benötigen. Sicher wird es eine Zunahme an jenen Fachkräften geben, welche solche Systeme entwickeln und pflegen. Aber die breite Masse der Arbeiter wird in Zukunft fast ohne jede Ausbildung jederzeit ersetzbar sein.

Aus Illegalität Legalität zu machen, war das erklärte Ziel der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie sagte in der Sendung "Was nun?" im ZDF am 13. November 2015<sup>22</sup> zum Thema Flüchtlingskrise:

*Es geht darum, dass ich in der Tat kämpfe, kämpfe für den Weg, den ich mir vorstelle, einen Plan, den ich habe, um an den Fluchtursachen anzusetzen, aus Illegalität Legalität zu machen, und dafür mit aller Kraft einzustehen.*

Was auch zu erklären hilft, warum trotz der niedrigen Zahl von positiv beschiedenen Asylverfahren praktisch kaum Rückführungen von illegalen Migranten erfolgen.

*Wir, die Staats- und Regierungsoberhäupter und Hohen Beauftragten, zusammengetreten am 10. und 11. Dezember 2018 in Marokko, in Bekräftigung der New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten und entschlossen, einen bedeutenden Beitrag zur verstärkten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Migration in allen ihren Dimensionen zu leisten, haben den nachstehenden Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration angenommen.*

Was auch immer "in allen ihren Dimensionen" bedeuten mag. Jedenfalls wurde die Welt aufgeteilt in Herkunftsländer, Transitländer und Zielländer. Und der Pakt, der angeblich zu nichts verpflichtet, sagt dann weiter:

*Wir verpflichten uns ferner [Anmerkung des Autors, also ist die folgende nicht die einzige 'Verpflichtung'], gemeinsam zu handeln, um die Herausforderungen, die sich jedem Land bei der Umsetzung dieses Globalen Paktes stellen, zu bewältigen, und unterstreichen die spezifischen Herausforderungen, vor denen insbesondere afrikanische Länder, am wenigsten entwickelte Länder, Binnenentwicklungsländer, kleine Inselentwicklungsländer und Länder mit mittlerem Einkommen stehen. Wir verpflichten uns außerdem (...).*

Der Text, der Deutschland zu nichts verpflichten soll, enthält die Buchstabenkombination "verpflicht" genau 91-mal. Besonders interessant erscheint die folgende nicht verpflichtende Verpflichtung:

*Um diese Verpflichtung zu verwirklichen, werden wir aus den folgenden Maßnahmen schöpfen. (...) d) Neuankömmlingen gezielte, geschlechtersensible, kindergerechte, barrierefreie und umfassende Informationen und rechtliche Beratung über ihre Rechten und Pflichten zur Verfügung stellen, einschließlich über die Einhaltung der nationalen und lokalen Rechtsvorschriften, die Erlangung einer Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung, Statusanpassungen, die Registrierung bei Behörden, den Zugang zur Justiz für die Erstattung von Anzeigen wegen Rechtsverletzungen sowie den Zugang zu Grundleistungen.*

<sup>21</sup> <https://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf>

<sup>22</sup> <https://vimeo.com/220597256>

Hier kann der UNO-Text deutsch gelesen werden: [www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf](http://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf)

Nun kann man einwenden, dass so viele Länder den Pakt unterschrieben haben, der kann ja gar nicht falsch sein. Die Frage ist aber, welche Konsequenz die Unterschrift für Länder hat, die keinerlei soziale Absicherung kennen oder eine hohe Diskriminierung von unteren Gesellschaftsschichten aufweisen. Ich gehe mal davon aus, dass niemand in solche Länder migrieren will. Umgekehrt werden die Länder Ziele der Migration sein, die eine hohe soziale Absicherung haben. Und wozu wird das dann in diesen Ländern voraussehbar führen? Natürlich zu einer Angleichung der sozialen Absicherung und damit des Kostenfaktors "Arbeit" an Länder mit geringerer sozialer Absicherung.

Mal abgesehen davon, dass es in der EU eine Jugendarbeitslosigkeit von bis über 40 Prozent in Griechenland gibt, stellt sich die Frage, was man in den EU-Staaten, die eine hohe soziale Absicherung haben, mit zusätzlichen un- ausgebildeten, die Sprache nicht beherrschenden Menschen anfangen wird, die nun unter Berufung auf den Migrationspakt dorthin strömen. Wo diese Länder anscheinend schon nicht in der Lage sind, den eigenen jungen Menschen eine Perspektive zu bieten.

Als "Verschwörungstheoretiker" könnte man zu der Auffassung kommen, dass es eben darum geht, eine stichhaltige Begründung zu erzeugen, um diese hohe soziale Absicherung, unter dem Druck der nun entstehenden Kosten, abbauen zu können. Um sie eben auf das Niveau von anderen Ländern mit geringeren "Sozialkosten" bzw. geringeren Kosten des Unterhalts des "Human Capitals" zu senken. Das Land wieder "wettbewerbsfähiger zu machen" für die "Märkte". Nein, aber das glaube ich selbstverständlich nicht. Allerdings runzelt man die Stirn, wenn man folgenden Satz liest: *Ziele für eine sichere, geordnete und reguläre Migration: (...) Freiheitsentziehung bei Migranten nur als letztes Mittel und Bemühung um Alternativen.*

Sollen Migranten eine privilegierte Gruppe in der Gesellschaft darstellen? Ein Kommentar des "grünen" Oberbürgermeisters Tübingens, Boris Palmer<sup>23</sup>, hatte doch schon einmal zu denken gegeben, als er im Fernsehen erklärte, dass er als Bürgermeister verpflichtet wäre, Flüchtlingen Häuser zu bauen, nicht aber wohnungssuchenden Deutschen.

Was aber am meisten irritiert, ist die Tatsache, dass dieser Migrationspakt versucht wurde, unter dem Radar der Öffentlichkeit so reibungslos wie möglich zu vereinbaren. Als dann das Thema doch hochkochte, war das Ergebnis als unabwendbar in Stein gemeißelt, und jede Kritik an der Vereinbarung wurde als unmenschlich, rassistisch und/oder menschenfeindlich abgetan. Statt einer offenen Diskussion wird in dem Pakt eine allumfassende Propaganda vorgegeben.<sup>24</sup>

**Wir sind uns darin einig, dass dieser Globale Pakt auf einer Reihe übergreifender und interdependenter Leitprinzipien beruht:**

*(...) j) Alle Teile der Gesellschaft umfassender Ansatz. Der Globale Pakt fördert breit angelegte Multi-Akteur-Partnerschaften, die sich mit der Migration in allen ihren Dimensionen befassen und Migranten, die Diaspora, lokale Gemeinwesen, die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft, den Privatsektor, Parlamentsabgeordnete, Gewerkschaften, nationale Menschenrechtsinstitutionen, die Medien und andere relevante Interessenträger in die Steuerung der Migration einbinden."*

*Sind das nicht Stichworte für die Medien? Nun, sie dürften auch finanzielle Anreize haben, richtig zu berichten, denn wer nicht spürt, dem wird die finanzielle Unterstützung entzogen. Oder wie soll man den folgenden Teil des Paktes sonst verstehen?*

*"(...) Wir werden*

*c) unter voller Achtung der Medienfreiheit eine unabhängige, objektive und hochwertige Berichterstattung durch die Medien, einschließlich Informationen im Internet, fördern, unter anderem durch Sensibilisierung und Aufklärung von Medienschaffenden hinsichtlich Migrationsfragen und -begriffen, durch Investitionen in ethische Standards der Berichterstattung und Werbung und durch Einstellung der öffentlichen Finanzierung oder materiellen Unterstützung von Medien, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten fördern;*

Überhaupt scheint die Propaganda für Migration ein sehr wichtiges Thema zu sein. Offensichtlich scheinen die Autoren des Paktes die Befürchtung zu haben, dass die Menschen der Zielländer nicht durch die positiven Veränderungen der Gesellschaft von dem Pakt überzeugt werden können.

*Wir werden den Globalen Pakt in Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Migranten, der Zivilgesellschaft, Migranten und Diasporaorganisationen, religiösen Organisationen, lokalen Behörden und Gemeinwesen, dem Privatsektor, Gewerkschaften, Parlamentsabgeordneten, nationalen Menschenrechtsinstitutionen, der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, der Wissenschaft, den Medien und anderen relevanten Interessenträgern umsetzen.*

Wenn jedes Jahr nach wie vor ungefähr 200.000 Menschen aus anderen Kulturkreisen als Migranten<sup>25</sup> nach Deutschland kommen, sollten die Deutschen doch langsam überzeugt davon sein, wie toll diese Migration ist.

---

<sup>23</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=saV4\\_v16lc](https://www.youtube.com/watch?v=saV4_v16lc)

<sup>24</sup> <https://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf>

<sup>25</sup> <https://www.cicero.de/innenpolitik/migration-fluechtlinge-obergrenze-asyl-cdu-spd-angela-merkel-csu>

Laut Hinweisen der kroatischen Polizei verfügen viele Migranten über Prepaid-Debit-Karten von Mastercard, berichtet das slowenische Nachrichtenportal *nova24.tv*. Die Karten tragen statt des Namens des Inhabers nur den Aufdruck des UNHCR, ein EU-Logo und eine Nummer. *Nova24.tv* nimmt an<sup>26</sup>, dass die Flüchtlingsorganisation UNHCR und die EU in Zusammenarbeit mit Mastercard die Prepaid-Debit-Karte<sup>27</sup> kostenlos an Migranten verteilen. Sollte man sich nicht fragen, wer Interesse hat, in die "Humanressourcen" zu investieren?

#### **Noch einmal zum Pakt<sup>28</sup>:**

*Um diese Verpflichtung zu verwirklichen, werden wir aus den folgenden Maßnahmen schöpfen. Wir werden (...) e) in die Erschließung von Humanressourcen investieren, durch Förderung von Unternehmertum, Bildung, Berufsausbildenden und -qualifizierenden Programmen und Partnerschaften sowie die Schaffung produktiver Arbeitsplätze, entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor und den Gewerkschaften, mit dem Ziel, die Jugendarbeitslosigkeit zu senken, die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte ('brain drain') zu vermeiden und die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte ('brain gain') in den Herkunftsländern zu optimieren sowie die demografische Dividende bestmöglich zu nutzen.*

Es sind nicht diejenigen, die solche Angebote annehmen, sondern jene, die Menschen aus ihrer Heimat entwurzeln, zur Migration treiben wollen, statt die Bedingungen vor Ort für sie zu verbessern, die man kritisieren sollte. Wenn sie allerdings nicht sichtbar sind oder sich hinter "humanitären" Beweggründen verschanzen und jede Kritik als "Rassismus" sowie "Unmenschlichkeit" verleumdern, können sie wohl ihr Ziel, ohne hinterfragt zu werden, erreichen.

Und so ist vollkommen unverständlich, warum die deutschen politischen Parteien (außer die AfD und zum Teil die CSU, also eher konservative Strömungen) den Migrationspakt bedingungslos befürworten, während die sogenannten staatstragenden Parteien wieder einmal Alternativlosigkeit als Grund vorweisen. Was übrigens in anderen Ländern keinesfalls so gegeben ist.

Im *Deutschlandfunk Kultur* wird darauf hingewiesen, dass es in den Niederlanden Kritik auch aus progressiven bzw. linken Kreisen gibt. Und so wird René Cuperus, ein niederländischer Politikwissenschaftler und Mitglied der sozialdemokratischen Partei "Partij van de Arbeid", mit den Worten zitiert<sup>29</sup>:

*Die Vereinten Nationen sollten die Welt nicht destabilisieren, indem sie eindimensional die Migration preisen. Stattdessen sollten sie die Grundursachen für Migration beseitigen. Die Probleme sind bekannt: Die UNO sollte Afrika helfen, sich zu entwickeln. Sie sollte Mittel- und Südamerika und Asien zu mehr Wohlfahrt und einer gerechteren Verteilung antreiben. Und sie sollte auch den korrupten Regimen im Süden - lauter Mitglieder der Vereinten Nationen - klarmachen, dass sie Mitverursacher von Flucht und Migration sind. Das alles tut der UN-Migrationspakt gerade nicht, oder zu wenig!*

Vera Lengsfeld hat eine weitere Kritik "von links" formuliert. Auf die Behauptung in dem Migrationspakt "Wir anerkennen, dass Migration eine Quelle von Wohlstand, Innovation und der nachhaltigen Entwicklung in unserer globalisierten Welt ist" (Punkt 8) erklärt Lengsfeld, dass die Wirklichkeit diesen Anspruch eben nicht widerspiegeln. Sie argumentiert, dass Migration für einige Gruppen des Kapitals [Anmerkung des Autors: und derjenigen, die die Migration zu einem Geschäft in den Zielländern gemacht haben], die sich der Ausbeutung von MigrantInnen bedienen können, eine Quelle des Wohlstandes wäre. Für die Mehrheit der MigrantInnen, so Lengsfeld, würde diese Wahrnehmung aber nicht stimmen. Ebenso wenig für die Bewohner in den Ländern, in die sie einwandern.

*Der gehobene Mittelstand mag da und dort von billigen Putzkräften und Altenpflegerinnen profitieren, die weniger Betuchten spüren die Konkurrenz am Arbeits- und Wohnungsmarkt.<sup>30</sup>*

Lengsfeld weist auch auf den Widerspruch hin, dass oft von Verpflichtung geredet wird, aber auf der anderen Seite die souveräne Entscheidung der Staaten betont wird, die nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen und zu regeln. Was für die Bundesregierung die Begründung war zu behaupten, der Pakt wäre nicht verpflichtend. Aber wenn ein Migrant vor den Europäischen Gerichtshof zieht und mit Hinweis auf den Pakt Forderungen einlegt, wie mag der Gerichtshof wohl die 91-malige Verpflichtungserklärung werten, welche die Bundesregierung Deutschlands unterschrieben hat?

Lengsfeld weist auch auf die zu erwartenden negativen Auswirkungen von Geldtransfers in die Herkunftsländer der Migranten hin.

*Die negativen Auswirkungen von Geldtransfers durch Migranten erklären sich aus mehreren Tatsachen. Zum einen bleibt der Charakter der Abhängigkeit von peripheren gegenüber zentralen Räumen bestehen, dazu fließen die Rücküberweisungen nicht in volkswirtschaftlich nutzbringende Sektoren, sondern über private Kanäle hauptsächlich in familiären Konsum; und dann ist da noch das selbst von einer IWF-Studie angeführte Phänomen zu*

<sup>26</sup> <https://nova24tv.si/svet/foto-zdaj-je-jasno-od-kod-ilegalcem-denar-evropska-unija-jim-v-bih-posilja-kar-bancne-kartice/>

<sup>27</sup> <https://www.mimikama.at/allgemein/kreditkarten-fuer-migranten/>

<sup>28</sup> <https://pressefreiheit24.wordpress.com/2018/10/16/migrationspakt-der-uno-vollstaendiger-text-auf-deutsch/>

<sup>29</sup> [https://www.deutschlandfunkkultur.de/kritik-am-un-migrationspakt-schlechtes-timing-falsche-tonart.1005.de.html?dram:article\\_id=435337](https://www.deutschlandfunkkultur.de/kritik-am-un-migrationspakt-schlechtes-timing-falsche-tonart.1005.de.html?dram:article_id=435337)

<sup>30</sup> <https://vera-lengsfeld.de/2018/11/24/un-migrationspakt-verwaltet-weltweite-ungleichheit/>

*berücksichtigen, dass massenhafte Rücküberweisungen zu Aufwertungen nationaler Währungen führen und entsprechend die Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt schmälern.*

Und sie nennt auch die Gründe, warum die schnelle und reibungslose Überweisung in die Herkunftsländer in dem Migrationspakt gefordert wird. Es wären in erster Linie große Konzerne, die billige Arbeitskräfte benötigen, welche die Produktionskosten möglichst niedrig halten. Wenn diesen aber erschwert würde, Teile ihres im Zielland erhaltenen Geldes schnell und billig ihren Familien zu Hause zu senden, könnten sie nach dem Sinn oder dem Vorteil der Migration fragen.

Mit anderen Worten, die Migration soll den Menschen so schmackhaft wie möglich gemacht werden, damit sie ihre sozialen Kontakte, ihre Heimat und ihre Geschichte zugunsten eines Lebens in der Fremde aufgeben.

*"Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, eine Roadmap zu entwickeln, die die Überweisungskosten für Remittances von Migranten unter 3 % drücken soll. (Punkt 36a) Nur so bleibt neben dem eigentlichen Profiteur von Massenwanderungen auch Anreiz für Menschen in den Herkunftsländern, sich auf den Weg ins vermeintliche Glück zu machen. Wie an vielen anderen Stellen wirkt der UN-Pakt hier als Pull-Faktor."*

Rechte oder konservative Parteien, wie zum Beispiel die AfD in Deutschland, mit klassischem konservativen Besitzstandswahrungsverständnis, haben die Problematik erkannt, versuchen aber, durch Bekämpfung des schwächsten Gliedes der Migrationspolitik, nämlich die Migranten, zu verhindern, dass es zu großen Schief lagen in den Gesellschaften kommt. Weil sie können und wollen die Hauptursache, die Politik des Neoliberalismus, nicht als Ursache anerkennen.

Die linken Parteien, die vermutlich oft im guten Glauben die Migrationspolitik bedingungslos unterstützen, statt gegen die Ursachen der Migration zu arbeiten, werden dagegen in den nächsten Jahren in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Dies ist an der Entwicklung der SPD in Deutschland zu erkennen.

Dass die Partei Bündnis 90/Die Grünen mit phantastischen Zahlen in den Umfragen aufgeführt wird, hat etwas mit der Bevorzugung dieser Partei durch die Medien zu tun. Und mit der Verwirrtheit der Wähler, die zwar eine Alternative zu den großen "Volksparteien" suchen, von der Propaganda gegen die AfD abgeschreckt wurden und noch nicht verstehen, welche Politik die Grünen in Deutschland tatsächlich vertreten.

Eins ist klar: Ungezügelter, unkontrollierter Migration ist sowohl für die Herkunftsländer als auch für die Zielländer schädlich und für die Gesellschaften im Herkunftsland und im Zielland zerstörerisch, weil gewachsene Beziehungen zerstört werden. In den Herkunftsländern fehlen die wichtigsten "Fachkräfte" zum Aufbau der eigenen Wirtschaft, durch Geldzufluss wird ihr Geldsystem gestärkt und Exporte verteuert. In den Zielländern werden sich Konflikte zwischen "Eingeborenen" und Zugewanderten verschärfen, weil eben die offenen Arbeitsplätze NICHT mit der Zahl der Migranten anwachsen.

*Finanzmarktwelt.de* stellt fest<sup>31</sup>, dass die reale Arbeitslosigkeit in der EU im Jahr 2018 bei 10 Prozent liegen dürfte. Für die Betrachtung der Arbeitslosigkeit in Bezug auf die Migration dürfte aber die Jugendarbeitslosigkeit wichtiger sein. Weil die Migranten in der Mehrzahl, wie die Jugendlichen, erst einen Beruf erlernen werden oder ungelernete Arbeit annehmen müssen. Hier liegt die Arbeitslosigkeit<sup>32</sup> im Durchschnitt bei 15 Prozent. Wobei es große Unterschiede zwischen den Ländern gibt. So hatte Frankreich, mit einem hohen Migrationsanteil unter den Jugendlichen, eine Arbeitslosenquote von 20,4 Prozent im Jahr 2018, Italien 31,9 Prozent, Spanien 33,8 Prozent und Griechenland sogar 43,2 Prozent.

Um es noch einmal zu betonen: Die EU-Staaten sind nicht in der Lage, ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für die eigenen Jugendlichen zur Verfügung zu stellen, wollen aber zusätzliche Millionen Menschen ohne Sprachkenntnisse und in aller Regel ohne "Fachkenntnisse" in die Gesellschaft integrieren. Weil diese, wie die Partei Bündnis 90/Die Grünen, behaupten, dann später in die Sozialkassen einzahlen und so die Renten von morgen finanzieren würden. Satire und Politik sind immer schwerer zu unterscheiden.

Verschärfen dürften sich die gesellschaftlichen Konflikte, wenn es zu einer Wirtschaftskrise und einer Steigerung der Arbeitslosenquote kommen sollte. Dann werden nicht nur die staatlichen sozialen Absicherungsprojekte in Existenzprobleme kommen, sondern auf dem Arbeitsmarkt dürfte die Konkurrenz noch größer werden.

## **Rechtliche Kritik am Migrationspakt**

Einer der profiliertesten Kritiker des Migrationspaktes in Hinsicht auf seine rechtliche Wirkung ist der emeritierte Rechtsphilosoph und Strafrechtler Reinhard Merkel. In verschiedenen Interviews hat er eindringlich auf rechtliche Probleme mit dem Migrationspakt hingewiesen.

Was die angebliche Unverbindlichkeit des Paktes angeht, erklärt er, dass der Migrationspakt rechtliche Folgen bringen könnte. Und zwar wäre es möglich, dass der Pakt zu einem Völkergewohnheitsrecht wird. Außerdem, so Merkel<sup>33</sup>, könnte er von deutschen Gerichten durchaus zur Auslegung bei Urteilen herangezogen werden.

---

<sup>31</sup> <https://finanzmarktwelt.de/eu-arbeitslosigkeit-offiziell-bei-7-tatsaechlich-irgendwo-bei-ca-10-94401/>

<sup>32</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/>

<sup>33</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/un-migrationspakt-zustimmen-mit-einer-ganzen-reihe-von-694.de.html?dram:article\\_id=435468](https://www.deutschlandfunk.de/un-migrationspakt-zustimmen-mit-einer-ganzen-reihe-von-694.de.html?dram:article_id=435468)



Merkel bemängelt, dass es sich um ein "uneingeschränktes Loblied" auf die Migration handeln würde. Die Behauptung, dass die Migration allein ein "Segen für die ganze Menschheit" wäre, erschien seltsam. Die Probleme, die sicher auftreten werden, würden vollständig ausgeblendet. Die Bundesregierung hätte es versäumt, Bemerkungen oder Einschränkungen zu formulieren. Der Pakt wäre vollkommen einäugig<sup>34</sup>. Außerdem bemängelt Merkel, dass der Pakt nicht viel früher und viel gründlicher im Bundestag ausführlich diskutiert worden sei.

Seine Einwände werden zum Teil in einem Artikel von *verfassungsblog.de* abgeschwächt oder widerlegt<sup>35</sup>. Insbesondere in der wichtigen Frage, ob der Migrationspakt durch die Hintertür zum Völkergewohnheitsrecht werden könnte, weicht die Meinung ab.

*Wichtig ist hierbei: sein kann. Denn ein solcher Prozess ist alles andere als selbstverständlich. Anders als häufig dargestellt, setzt Völkergewohnheitsrecht nicht nur eine allgemeine Praxis voraus, sondern die Praxis muss außerdem von der Überzeugung getragen sein, sie sei rechtlich geboten - die sog. opinio iuris. Wenn also - wie im Migrationspakt, vgl Ziff. 7 - explizit vereinbart wird, dass Pflichten nicht rechtsverbindlich sind, kann hieraus gerade nicht geschlossen werden, die Staaten handelten mit einer Rechtsüberzeugung. Selbst wenn also künftig alle politischen Absichtserklärungen in die Tat umgesetzt würden, erwüchse hieraus allein noch lange kein Völkergewohnheitsrecht.*

Der Artikel nennt dann Beispiele, dass es durchaus nicht sein muss, dass der Pakt zu zwingendem Recht wird. (Andererseits sehen wir an dem "Versprechen" gegenüber der NATO, zwei Prozent des Bruttosozialproduktes für Rüstung auszugeben, dass wesentlich weichere "Kann-Vorschriften" von den deutschen politischen Parteien als "MUSS"-Verbindlichkeiten interpretiert werden.)

Was die Heranziehung des Paktes deutscher Gerichte betrifft, sieht der Autor aufgrund der vergangenen Praxis der Gerichte nur eine geringe Wahrscheinlichkeit, dass dies der Fall sein wird. Er weist darauf hin, dass es bei NICHT rechtsverbindlichen Dokumenten noch dünner aussähe als bei verbindlichen.

*"Die im Jahr 2015 im Konsens angenommene 2030 Agenda, immerhin laut UN-Generalsekretär ein 'entscheidender Moment der Menschheitsgeschichte', eine Agenda, die 'transformativ' sein soll, ist überhaupt nicht in deutschen Gerichtsentscheidungen aufzufinden. Die bereits erwähnte Agenda 21 findet sich in vier Urteilen; in keinem dieser Urteile war sie entscheidungserheblich."*

## **Gefahr für freiheitliche Grundordnung**

Ein Artikel auf der konservativen Internetseite<sup>36</sup> *tichyseinblick.de* setzt rechtlich an einer anderen Stelle an. Dort wird zunächst der Begriff "Freiheitliche Grundordnung" erklärt. Dann behauptet, dass der UN-Migrationspakt diese in mehrfacher Hinsicht angreife:

- *Durch die Aushebelung der elementaren, konstituierenden Entscheidungs-, Informations- und Debattenführungsprinzipien*
- *Durch die vorsätzliche Verletzung elementarster, unabdingbarer Rechtssetzungsgrundsätze*
- *Durch eine Vielzahl inhaltlicher ("materieller") Verletzungen der Freiheitlichen Grundordnung*
- *Und im Ergebnis durch den Versuch, die Freiheitliche Grundordnung selbst teilweise durch eine Unrechtsordnung zu ersetzen.*

Die Begründung ist stark ideologisch vom Unterschied linker und rechter gesellschaftlicher Sichtweisen geprägt. Interessant erscheint die Forderung, viele Ziele des Paktes im Grundgesetz festzuschreiben, weil sie von so grundsätzlicher Bedeutung wären. Entscheidungen über Einwanderungsförderung sind nach Ansicht des Autors so stark in das Leben der Menschen des Landes eingreifend, dass sie die Verfassungsebene betreffen und in jedem Fall durch den Souverän, das Volk, legitimiert werden müssten.

Ein wichtiger Aspekt erscheint dem Autor, dass der Migrationspakt den zukünftigen Gesetzgebern versucht Vorschriften zu machen, wie er Rechtsnormen auszubilden hat, was entgegen einem elementaren Grundsatz wäre und die Freiheitliche Grundordnung gefährden würde.

*Der UN-Migrationspakt dagegen ist im Gegensatz zu diesem elementaren Grundsatz voll von Befehlen an künftige Gesetzgeber, er enthält eine Fülle von präjudizierenden Rechtsnormen (z.B. "Wir werden [...] Gesetze erlassen und Maßnahmen ergreifen [...]"). Genau genommen ist der Sachverhalt noch schlimmer, er versucht Gesetzgebern das Erlassen von Gesetzen vorzuschreiben, ohne selbst Gesetzgeber, geschweige denn legitimer Gesetzgeber, zu sein.*

Im letzten Teil des langen Artikels behauptet der Autor, dass der UN-Migrationspakt nicht nur entscheidungsrelevante Grundprinzipien der Freiheitlichen Grundordnung massiv verletze, sondern auch grundlegende zentrale Grundpunkte inhaltlicher Art. Das wäre zum Beispiel der Fall durch die Einführung des Rechtskonzeptes "Migrant" anstelle von Nicht-Staatsbürger/Ausländer. Außerdem wäre es die Einführung einer Vielzahl von

---

<sup>34</sup> <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-481457.html>

<sup>35</sup> <https://verfassungsblog.de/das-spiel-hat-gerade-erst-begonnen-zur-kritik-am-migrationspakt/>

<sup>36</sup> <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/un-migrationspakt-gegen-die-freiheitliche-grundordnung/>

Pflichten gegenüber Nicht-Staatsangehörigen sowie der weitgehende Zugang von Nicht-Staatsangehörigen zu Sozialleistungen. Und auch dieser Autor stört sich an der einseitigen Propagandavorgabe des Paktes.

*"Im UN-Migrationspakt dagegen wird ausdrücklich eine Pro-Einwanderungs-Darstellung (lies: Propaganda) sowie die Bekämpfung kritischer Meinungen (und Tatsachenberichte?) vorgeschrieben, zwar geschickt rabulistisch und juristisch verschleiert, aber die Intention ist kristallklar, insbesondere in Kombination mit z.T. extrem einseitigen anderen Aussagen im 'Pakt'."*

Die "Faktenfinder"<sup>37</sup> der *Tagesschau* finden den Migrationspakt erwartungsgemäß prima, und alle Kritik wäre (sinngemäß) reine Verschwörungstheorie.

## Der Flüchtlingspakt

Weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Wahrnehmung wurde inzwischen ein weiterer Pakt in den Vereinten Nationen verabschiedet: der Flüchtlingspakt. 176 Staaten, einschließlich Deutschland, stimmten in der UNO der Resolution zur Verabschiedung des Paktes zu. Was steckt dahinter?

Im *Cicero*<sup>38</sup> kann man lesen, dass beide Vereinbarungen "finanzielle Hilfe für arme Länder mobilisieren" sollen. Während die Bundesregierung davon spricht, dass die Pakte nur das allgemein als Standard vorgeben, was ja in Deutschland aufgrund der Menschenrechtscharta ohnehin schon beachtet werden würde. Auch dieser Pakt soll nicht verbindlich sein. Aber: *"Die Staaten geben ein politisches Versprechen ab, sich an die Vorgaben zu halten."*

Auch für diesen Pakt macht die Bundesregierung massiv Werbung<sup>39</sup>. Wobei man beim Lesen der Gründe für den Pakt zu der Auffassung kommen könnte, dass die Fluchtursachen gottgegeben wären, dass Fluchtursachen einfach so vom Himmel fielen. Was sie auch in Form von Bomben tun, aber das hatten wir bereits besprochen. Tatsächlich werden die Fluchtursachen mit nur einem Satz und sehr vage abgehandelt:

### **Gezielte Fluchtursachenbekämpfung**

*Der Flüchtlingspakt setzt auch ein klares Bekenntnis zur Minderung von Fluchtursachen und zur Vorbeugung (Krisenprävention). Deutschland arbeitet daran bereits seit Jahren und hat insbesondere mit afrikanischen Ländern hier schon mehrere Abkommen geschlossen und Vorleistungen erbracht.*

Kein Wort darüber, dass man an den Statistiken der UNO genau ablesen kann, gegen welches Land der Westen kurz vorher einen Krieg begonnen hatte. Die Wellen der Flüchtlinge korrelieren mit den "humanitären Interventionen", aber niemand will es wahrhaben. Afghanistan, der Irak, Libyen, Syrien. Menschengemachte Katastrophen, welche jeweils als Spitzenwerte in Flüchtlingsstatistiken auftauchen.

Hinsichtlich des Inhalts versucht die *FAZ* eine Zusammenfassung zu geben. Dabei beruhigt der Autor zunächst die Leser, indem er feststellt, dass der Pakt keine konkreten Vorgaben für die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge macht. Dann wird aber die ungeheure Rekordzahl von 68,5 Millionen Flüchtlingen in den Raum geworfen. Rekordflüchtlinge, nach Rekordkriegen. Wie wir wissen, forderte allein der Krieg der USA gegen den Irak zwischen 500.000 und 1,5 Millionen Todesopfer, je nachdem wer die Daten schätzte. Nicht zu zählen die Verstümmelten und Verwundeten.

Der Artikel sieht große Ähnlichkeiten zwischen dem Migrationspakt und dem Flüchtlingspakt. Glücklicherweise, so sollte man meinen, wird nun zum ersten Mal in der bundesrepublikanischen Diskussion eine Unterscheidung zwischen Flüchtlingen und Migranten gemacht. Und der Text des Artikels erklärt auch endlich, dass für den Umgang mit Migranten und Flüchtlingen vollkommen unterschiedliche Rechtsnormen gültig wären. Allerdings ist die Definition nicht sachgerecht. Flüchtlinge sind Menschen, die nur vorübergehend Schutz und Hilfe suchen, um später zurück in ihre Heimat zu kehren. Der Artikel<sup>40</sup> allerdings bezeichnet sie als Untergruppe der Migranten.

*Die Internationale Organisation für Migration (IOM) bezeichnet Migranten als Menschen, die ihren Wohnort verlassen - egal aus welchen Gründen, wie lange und ob freiwillig oder unfreiwillig. Flüchtlinge bilden dabei eine Untergruppe: Sie sind Migranten, die aus ihrer Heimat wegen Gewalt und Konflikten flüchten - etwa wegen des Kriegs in Syrien - oder weil sie dort verfolgt werden.*

Damit werden die Grenzen doch wieder verwischt und Migration und Flucht wieder (fast) synonym behandelt.

Der Artikel beschreibt dann die Ziele des Paktes. Zunächst soll angeblich der Druck auf die Aufnahmeländer gemindert werden. Wobei richtigerweise festgestellt wird, dass der größte Teil der Flüchtlinge in armen Staaten Schutz gefunden hat. Interessant: Während sich deutsche Politiker gegen die Erhebung biometrischer Daten von Flüchtlingen wehren, schreibt der Pakt diese sogar vor. *Das Abkommen listet Bereiche auf, in denen Hilfe geleistet werden soll: Von der biometrischen Registrierung der Flüchtlinge bis zur Trennung von Schutzbedürftigen und Kämpfern, die auch über die Grenzen gelangen.*

---

<sup>37</sup> <https://faktenfinder.tagesschau.de/ausland/migrationspakt-101.html>

<sup>38</sup> <https://www.cicero.de/aussenpolitik/fluechtlingspakt-migrationspakt-un-vereinte-nationen-fluechtlinge-migration>

<sup>39</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/gemeinsam-fuer-besseren-schutz-der-schutzlosen-1551722>

<sup>40</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/das-beinhaltet-der-un-fluechtlingspakt-15945852.html>

Als zweiten Punkt hebt der FAZ-Artikel hervor, dass die Eigenständigkeit von Flüchtlingen gefördert werden soll, zum Beispiel durch Zugang zu den Bildungssystemen. Zusätzlich sollen Umsiedlungs- und Aufnahmeprogramme ausgeweitet werden. Aber als vierter Punkt wird auch über die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat berichtet.

*Das Abkommen zielt darauf, die Rückkehr der Flüchtlinge in ihr Heimatland zu ermöglichen. Das kann jedoch nur geschehen, wenn die Fluchtursachen, wie Gewalt und Konflikte, nicht mehr vorliegen.*

Im Artikel wird darauf hingewiesen, dass im Prinzip die gleichen Staaten, welche den Migrationspakt abgelehnt hatten, auch den Flüchtlingspakt ablehnen würden. Dabei wird die Begründung des tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babiš hervorgehoben, der fragte, warum man sich überhaupt über den Pakt unterhalten müsse, wenn er doch ohnehin angeblich unverbindlich wäre.

Die Ablehnung des Paktes kommt in Deutschland vorwiegend aus konservativen und rechten Kreisen. So benennt *Philosophia Perennis* folgende Gründe<sup>41</sup>, warum der Pakt auf keinen Fall für Deutschland gültig werden darf, weil er beinhalte:

- *In großen Wanderungsströmen nicht mehr zwischen klassischen Flüchtlingen und sonstigen Migranten zu unterscheiden.*
- *Sogenannte 'Klimaflüchtlinge' mit Kriegsflüchtlingen gleichzustellen.*
- *'Reiche Staaten' im Rahmen umfangreicher Umsiedlungsprogramme zu verpflichten, 'Flüchtlinge' aus Erstaufnahmeländern bei sich aufzunehmen.*
- *Die Schaffung von Studien- und Arbeitsplätzen für 'Flüchtlinge' in Drittstaaten.*
- *Dem Privatsektor, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und Akteuren auf Gemeindeebene zu ermöglichen, aus Eigeninitiative 'Flüchtlinge' aufzunehmen, um eine 'positive Atmosphäre für Umsiedlungen' zu fördern.*

Und in der Tat sind diese Punkte nicht von der Hand zu weisen. Die Vermischung von Migration und Flucht vernebelt die Fluchtgründe. Ebenso wie die Gleichstellung der Flucht vor Krieg mit der Flucht vor klimabedingten Veränderungen. Krieg wird nun wie ein Naturereignis gesehen. Krieg als unbeeinflussbare Naturkatastrophe sozusagen. Und der Staatssender *Deutsche Welle*<sup>42</sup> geht bereits dahin und verleumdet Kritik am Flüchtlingspakt als Verschwörungstheorie. Natürlich auch ohne etwas zu den Fluchtgründen zu sagen.

Statt die Krankheit zu diagnostizieren und dann zu behandeln, konzentriert sich die gesamte Aufmerksamkeit auf die Symptome und deren Linderung:

*Das Auswärtige Amt in Berlin bestätigte auf Anfrage, dass Deutschland die meisten Anforderungen erfüllt oder sogar übererfüllt. Für viele Erstaufnahmeländer wie den Libanon, Jordanien oder die Türkei gilt das nicht, sagt SWP-Wissenschaftler Angenendt. Hier will der Pakt ein freiwilliges Netzwerk internationaler Unterstützung und Lastenteilung aufbauen. 'Wer gegen dieses Ziel und damit gegen diesen Pakt ist, der muss die Frage beantworten, was passiert, wenn diese Länder unter ihrer Last zusammenbrechen?'*

Wenn das Land, das die Liste der ablehnenden Staaten anführt, die USA, der größte einzelne Verursacher von Fluchtursachen durch Wirtschafts- und Bombenkriege ist, kann man wohl nicht erwarten, dass die Ursachenbeseitigung in naher Zukunft Fortschritte machen wird.

## **Gemeinsamkeiten**

Und so haben Migrationspakt und Flüchtlingspakt doch ein gemeinsames Merkmal: Das Ziel ist nicht, den Menschen die Möglichkeit zu geben, in ihrer Heimat zu bleiben, ihre Lebensbedingungen zu verbessern, sondern das Ziel ist, ihnen einen geregelten Zugang in andere Arbeitsmärkte und Länder mit sozialen Standards zu ebnet, die höher sind als im Herkunftsland.

## **Fazit**

Die Diskussion um die Flüchtlings- und Migrationskrise ist geprägt von Elementen des "Teile und Herrsche". Die linken Gruppierungen sind in die Falle der politisch instrumentalisierten "Humanität" getappt, und ihre Vordenker haben Probleme, die mit Absolutheitsanspruch vorgetragene "Refugees Welcome"-Doktrin auf ein Maß zurückzuführen, das gesunder Menschenverstand und Vernunft vorgibt. Ja, sie haben sogar Probleme, zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten zu unterscheiden.

Die rechten Positionen haben sich ebenfalls auf den "Flüchtling" oder "Migranten" fokussiert. Allerdings ist man hier eher bereit, zu unterscheiden. Die Argumentation ist erkennbar durch politische Zielsetzungen getrieben, wenn ausgerechnet der schwächste Teil der Diskussion zum Zentrum der Angriffe wird.

Und so zeigt die gesellschaftliche Diskussion wieder einmal, wie stumpfsinnig und die wahren Probleme ignorierend die politische Debatte in Deutschland geführt wird. Niemand fokussiert sich auf die wahren Ursachen und deren Wirkung. Niemand stellt die Frage: Warum entsteht überhaupt Migration? Wie könnte man sie vermeiden? Vielleicht weil alle Parteien viel zu stark in die Kreise verwickelt sind, welche die Profiteure des Systems

---

<sup>41</sup> <https://philosophia-perennis.com/2018/11/29/auch-der-un-fluechtlingspakt-darf-auf-keinen-fall-angenommen-werden/>

<sup>42</sup> <https://www.dw.com/de/un-fl%C3%BChtlingspakt-im-visier-der-verschw%C3%B6rungstheoretiker/a-46405462>

sind, das letztlich zur Migration führt. Nämlich die Globalisierung mit dem Vorläufer, der Kolonialismus und den im Rahmen der Globalisierung geführten "humanitären Kriege".

Niemand kann mir ernsthaft erklären, dass der Fischer aus Afrika gern sein Schiff an Schlepperkonzerne verkauft und dann in Hamburg auf der Straße lebt oder in einer Fabrik arbeitet, wenn er Glück hat. Niemand kann mir erklären, dass der Bauer, der auf und von seinem Feld seit Generationen leben konnte, aber nun aufgrund der Importe aus der EU nicht mehr konkurrenzfähig ist, gern nach Deutschland kommt, um hier unter großen Mühen nur die rudimentärsten Sprachkenntnisse zu erlernen, um dann zum Mindestlohn als Fensterputzer zu arbeiten. Niemand kann mir erklären, dass es für beide ein großes Glück wäre, Geld zurück in die Heimat zu schicken, damit Familienmitglieder, die zu alt sind oder aus anderen Gründen nicht nach Deutschland kommen wollen, ernährt werden können.

Was aber besonders unverständlich erscheint, ist die offensichtliche Werbung, die gemacht wird, um Migranten in die EU-Länder zu locken. Es ähnelt fast den Werbemethoden, mit denen Konzerne aus Abu Dhabi in Asien um Billigarbeiter werben, die dann für mindestens ein Jahr für niedrigste Löhne im Land arbeiten.

Linke, die behaupten, Deutschland wäre die Erlösung für Migranten und diese würden die deutsche Gesellschaft "bunt" machen und wirtschaftlich noch interessanter, liegen genauso falsch wie Rechte, die erklären, dass Migranten der Grund allen Übels wären.

Was mich aber ganz besonders stört, ist die Tatsache, dass aus der Partei Die Grünen der Anstieg der Religiosität als Gewinn für die Gesellschaft angesehen wird. Nichts ist rückwärtsgerichtet als kritiklose Religiosität. Wir waren einmal stolz auf die Aufklärung, und es scheint, dass wir uns jetzt tatsächlich zurück ins Mittelalter bewegen.

"Humanitäre Kriege" werden geführt, die nichts anderes als das Gesetz des Stärkeren wieder über Völkerrecht und Menschenrechte erheben. Und Religiosität soll anwachsen, statt kritisches Denken und Rationalität. Und es wird noch schlimmer. Denn mit dieser Religiosität ist die des Islam gemeint.

Jeder, der glaubt, soll seinem Glauben folgen. Aber Glauben ist Privatsache. Wenn aber grüne Politiker sich "freuen über zunehmende Religiosität" und dabei die Religion des Islam im Auge haben, dann freuen sie sich über das Auslöschen der Errungenschaften der Aufklärung. Denn der Islam kennt keine Aufklärung. Jedenfalls wurde die Hypothese, dass der Islam die Aufklärung verarbeitet hätte, nie wissenschaftlich bestätigt.

Und so glaube ich, dass wir eine Diskussion benötigen, die weit über die hinausgeht, die heute noch die Schlagzeilen beherrscht. Eine Diskussion, die über die Fokussierung auf Migranten oder Flüchtlinge hinausgeht und nach den Ursachen und Wirkungen sowie nach den seltsamen Weltbildern mancher Politiker fragt.

---